

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Iran – Vitznau: ServiererIn Para erzählt ihr Leben. Seite 18



Roboter für Fortschritt

Professorin Rochat: Automatisierung soll Büzern nützen, nicht dem Kapital. Seite 5

Die sehr seltsame Firma

Eine einfache work-Anfrage löste eine Lawine aus. Seite 3

Paket-Wahnsinn

Ein Kurier-Fahrer packt aus. Seite 2

So geht Feiern in Corona-Zeiten

Es weihnachtet sehr. Und die Covid-Viren werden wieder mehr. Wie feiert man jetzt sicher? Der work-Ratgeber. Seiten 14–15

Schimpfen oder impfen?

Die grosse Debatte seit 1796 – jetzt wieder brandaktuell.

Grosses Interview mit Medizinhistoriker **Flurin Condrau**. Seiten 10–11



SCHIMPFFEN ODER IMPFFEN?

Irgendwann kommen die militanten unter den Impfgegnerinnen und Impfgegnern immer zum Punkt, wo sie «Nazi!» austeilen, von «Nazi-Methoden» reden und einem «Nazi-Regime», das einem irgendwas aufzwingt. Masken zu tragen. Zu testen. Oder zu impfen. Doch nicht alle gehen grad so weit wie Jana aus Kassel. Sie trat kürzlich an einer Demonstration gegen Corona-Massnahmen in Hannover auf und verkündete: «Ich fühle mich wie Sophie Scholl, da ich seit Monaten hier im Widerstand bin!» Die junge Jana verglich sich also mit einer Widerstandskämpferin gegen Hitler, die 1943 von der Gestapo verhaftet, dann zum Tode verurteilt und schliesslich hingerichtet wurde. Das Jana-Video ging viral und löste viel Empörung aus.

Die Nazis waren gar keine Impf-Fans.

«Ich fühle mich wie Sophie Scholl, da ich seit Monaten hier im Widerstand bin!»

Die Nazis sahen das Impfen mit «artfremden» Stoffen nämlich als «die grösste Gefahr für den Volkskörper». Zudem waren viele Nazis Anhänger der germanischen Naturheilkunde, die die Impfung grundsätzlich ablehnte. Andere hielten die Impfpflicht schlicht für eine bössartige jüdische Erfindung. Geschichte macht gescheiter. Auch die Geschichte von Pocken, Polio und Corona. Nur: Die Janas dieser Welt wird's kaum kratzen.

«ARTFREMDE STOFFE». Dabei waren die Nazis gar keine Impf-Fans. Hitler lockerte die Impfpflicht sogar, die vorher in Deutschland gegolten hatte. Das sagt der Zürcher Medizinhistoriker Flurin Condrau im grossen work-Interview (Seiten 10–11). Die Nazis sahen das Impfen mit «artfremden» Stoffen nämlich als «die grösste Gefahr für den Volkskörper». Zudem waren viele Nazis Anhänger der germanischen Naturheilkunde, die die Impfung grundsätzlich ablehnte. Andere hielten die Impfpflicht schlicht für eine bössartige jüdische Erfindung. Geschichte macht gescheiter. Auch die Geschichte von Pocken, Polio und Corona. Nur: Die Janas dieser Welt wird's kaum kratzen.

ERFOLGSGESCHICHTE. Die Impfgegnerschaft ist so alt wie das Impfen selber. Also über 300jährig. Und die dazugehörigen Verschwörungstheorien ebenfalls. Auch das lehrt uns die Medizingeschichte: Wir sollten also Tee trinken und cool bleiben. Das ist nicht immer einfach. Eine der aktuell kursierenden Verschwörungstheorien warnt nämlich sogar vor Corona-Tests. Diese dienen lediglich dazu, an unsere DNA heranzukommen. Im Auftrag von Microsoft-Gründer Bill Gates. Da braucht man schon einen starken Tee! Dagegen wirken die Gerüchte aus den Impfanfängen fast schon heiter. Wer sich impfe, mutiere. Etwa zum Menschen mit Kuhkopf. Weil in den Impfstoffen auch tierische Substanzen waren. Heute wie damals misstrauen Menschen der (Schul-)Medizin. Bei allen Skandalen, die diese uns schon serviert hat, und bei aller Profitgier der Pharmabranche ist eine kritische Haltung gegenüber Weisskitteln & Multis sicher richtig. Aber wir sollten gleichzeitig auch nie vergessen: Die Geschichte der Entdeckung der Hygiene und des Impfens ist eine grosse Erfolgsgeschichte.

Mit dem Black Friday begann der Päckli-Weihnachts-Horror für die Kurierere. Timur Sahin* (26) erzählt aus seinem Alltag:

«Ich habe über 11 Stunden durchgearbeitet»



DICKE POST: Noch mehr Päckli, noch mehr unbezahlte Überstunden. Päcklikuriere ächzen unter der Vorweihnachtszeit. FOTO: KEYSTONE

«Heute habe ich um halb sechs angefangen. Manchmal muss ich schon um fünf Uhr im Depot sein und die Pakete in meinen Lieferwagen laden. Dann arbeite ich, bis alle Pakete verteilt sind, 80 bis 120 Stops jeden Tag. Meist brauche ich dafür etwa 11 Stunden. Mittagspause mache ich keine.

DIE HÖLLE. Ich arbeite für einen grossen privaten Kurierdienst. Meinen Namen dürft ihr nicht schreiben, sonst wäre ich den Job gleich los. In meinem Vertrag steht 44 Stunden Arbeitszeit pro Woche, das wären bei einer Fünftagewoche knapp 9 Stunden pro Tag. Aber das interessiert hier niemanden. Meine Überstunden werden nicht registriert, geschweige denn bezahlt. Und dem Chef ist es egal, ob ich meine Tour um 16 Uhr fertig habe oder erst spät in der Nacht. Hauptsache, ich bin am nächsten Morgen pünktlich wieder da.

Der Dienstag ist immer der Horrortag bei uns. Die Leute bestellen am Freitag und übers Wochen-

ende online, am Montag bringt's der Lastwagen zu uns ins Depot, am Dienstag müssen wir die Ware ausliefern. Letzten Freitag war Black Friday, drum war diesen Dienstag erst recht die Hölle los: 175 Stops, dazu kam noch der Schnee, ich hab 11,5 Stunden durchgearbeitet. Ob sie jetzt für die Vorweihnachtszeit mehr Leute einstellen? Natürlich nicht, das würde ja Geld kosten.

4000 Franken brutto ist mein Monatslohn. Dazu kommen noch Spesen fürs Essen, manchmal 300 Franken, manchmal weniger. Und wenn etwas passiert, gibt's einen Abzug. Kürzlich wurde ein Paket geklaut, das ich beim Empfänger vor die Tür gestellt hatte. Das war 120 Franken wert, das haben sie mir vom Lohn abgezogen. Eigentlich müssen wir jedes Paket mit Unterschrift quittieren lassen, aber das schafft man zeitlich niemals. Seit Corona weigern sich auch viele zu unterschreiben, weil sie Angst vor einer Ansteckung haben.

ANGST VOR TEST. Sorry, dass ich grad etwas ausser Atem bin. Jetzt habe ich drei Pakete hintereinander ausgeliefert, jedes 30 Kilo schwer.

Da steht drauf, sie müssten von zwei Personen getragen werden. Aber auch das interessiert die Firma nicht. Im Sommer war ich krank geschrieben wegen einer Zerrung am

«Kürzlich wurde ein Paket geklaut. Das haben sie mir vom Lohn abgezogen.»

Rücken, die ganze rechte Seite war blockiert. Nach einer Woche schrieb mir der Chef: Wir brauchen dich! Und als ich zurückkam, sagte er mir: Solltest du noch einmal ausfallen, wird dir gekündigt. Ich bin noch nicht lange in der Schweiz. Dass es hier solche Verhältnisse gibt, hätte ich nie gedacht.

Der Onlinehandel macht dank Corona ein Riesengeschäft. Aber wir, die die Pakete austragen, sind schlecht geschützt. Zwar bekommen wir Masken von der Firma, aber Desinfektionsmittel gibt's nicht. Das wäre Luxus. Ich denke, dass mindestens einer von unserem Depot schon Corona hatte. Aber es traut sich niemand, den Test zu machen – aus Angst, den Job zu verlieren.»

AUFGEZEICHNET VON CHRISTIAN EGG

ONLINEHANDEL PÄCKLI FLUT FÜHRT ZU STAUS

Neben den schlechten Arbeitsbedingungen hat der Boom der Onlinebestellungen eine weitere Schattenseite: Die Kurierdienste verstopfen die Strassen. Schon heute seien sie in Städten für 30 Prozent des Verkehrs verantwortlich – und sogar für 87 Prozent der Staus. Das sagte Maike Scherrer, Professorin für nachhaltige Mobilität, kürzlich im «Echo der Zeit» von Radio SRF.

DEPOTS. Abhilfe schaffen könnten dezentrale Depots, etwa in einem Quartierladen. Die Pakete würden per Lastwagen dorthin geliefert. Und die Kundinnen und Kunden holen ihr Paket von dort selber ab – zu Fuss oder mit einem Lastenvelo, so Scherrer. Das würde erst noch Läden helfen, die wegen des Onlinebooms an Umsatz verloren hätten. (che)

Black Friday: Warum ist der Tag schwarz?

«Black Friday», «Cyber Monday», «Singles' Day»: Der Schweizer Handel übernimmt gierig die Marketingideen aus Übersee, um den Konsumrausch anzustacheln. Den Ausdruck «Black Friday» verdanken wir wahrscheinlich dem Slang der Polizisten aus Philadelphia (USA). So nannten sie in den 1960er Jahren den Tag nach Thanksgiving, das immer an einem Donnerstag Ende November stattfindet. Und dieser Freitag nach dem Feiertag war schon damals der Start des Weihnachtshoppings.

Die Polizisten (Frauen im Patrouillendienst gab's erst zehn Jahre später) ärgerten sich über

massive Staus in der Innenstadt und vollgestopfte Trottoirs. «Schwarz» also wegen der Masse an Menschen und Autos – oder der vielen Arbeit für die Polizei.

IMPORT AUS ÜBERSEE. Ein halbes Jahrhundert später, 2015, brachte Manor den Rabatt-Tag in die Schweiz. Und erzielte damit einen Traum-Umsatz: dreimal mehr als an einem vergleichbaren Freitag. Kein Wunder, zogen schon 2016 viele Detail- und Onlinehändler nach. Mittlerweile haben sie noch weitere «Shopping-Traditionen» aus Übersee entdeckt und hoffen, damit ihre Umsätze anzukurbeln: Der «Cyber Monday», ebenfalls

aus den USA, ist der Montag nach Thanksgiving, 2005 erfunden als Antwort der Online-shops auf den «Black Friday».

Oder der «Singles's Day» am 11. November, den eine chinesische Studierende in den 1990er Jahren ins Leben riefen, um neue Freundschaften zu schliessen oder sich zu verlieben. Was mit Karaoke-Parties anfing, ist heute der umsatzstärkste On-



lineshopping-Tag der Welt. Nur wenige Schweizer Onlineshops kritisieren den Rabattwahn als nicht nachhaltig und verweigern sich. Etwa der Bio-Weinhändler Delinat. Der «Black Friday» sei vor allem rabenschwarz für die Umwelt. Deshalb galt bei Delinat «Nur heute: alles 10 Prozent teurer!» Die Firma verdoppelte den Aufpreis und spendete den Betrag an die Volksinitiative für sauberes Trinkwasser, die im nächsten Jahr zur Abstimmung kommt. (che)

**AUFGRUND EINES RICHTERLICHEN BESCHLUSSES
IST DIESER ARTIKEL NOCH NICHT VERFÜGBAR**

Pensionskassen in der Krise: BVG-Kompromiss kommt ins Parlament

Mickrig-Renten erhöhen, Frauen weniger benachteiligen!

Der Bundesrat schickt den von den Sozialpartnern ausgehandelten Kompromiss auf den parlamentarischen Weg. Weil die Vernehmlassung ausser rechtem Täubelen nichts gebracht hat.

CLEMENS STUDER

Die Ausgangslage: Das Pensionskassensystem ist seit Jahren in der Krise. Für immer höhere Beiträge erhalten wir immer weniger Rente. In den letzten 15 Jahren sanken die BVG-Renten real um fast 9 Prozent. Ursache dafür ist das System: Denn die zweite Säule basiert

Kompromiss verankert den Solidaritätsgedanken in der zweiten Säule.

darauf, mit dem Geld von uns Versicherten im internationalen Finanzcasino und auf dem Immobilienmarkt zu spekulieren. Das ist in erster Linie für Banken und Versicherungen ein lohnendes Geschäft. Milliarden fließen an das Aktionariat statt an die Versicherten. Ganz anders bei der AHV: sie wird im solidarischen, stabilen und sicheren Umlageverfahren finanziert. Hier macht unser Geld keinen jahrzehntelangen teuren und riskanten Umweg über die Finanzmärkte.

Im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld können die Versicherungen und Banken ihre einstigen goldenen Versprechen nicht mehr halten. Sie wollen deshalb aber nicht etwa ihre Profite sen-



RUHESTAND OHNE GELDSORGEN: Der BVG-Kompromiss der Sozialpartner sollte die Rentensenkungen stoppen.

FOTO: GETTY / ISTOCK / MONTAGE WORK

ken, sondern die Leistungen kappen. Und die Kosten für die Lohnabhängigen und die Arbeitgeber weiter erhöhen. Dieses Ansinnen hat zwar in der lobbygesteuerten Parlamentsmehrheit Fürsprecherinnen und Fürsprecher. Doch im Volk ist das nicht mehrheitsfähig. Die Situation im BVG ist ebenso unbefriedigend wie verfahren. Darum holte der Bundesrat 2019 die Sozialpartner ins Boot. Gewerkschaften und Arbeitgeber erarbeiteten im Sommer des gleichen Jahres einen gemeinsamen Vorschlag zuhanden des Bundesrates. Der Durchbruch war eine kleine Sensation, wie SGB-Chef Pierre-Yves Maillard damals zu work sagte: «Mit dem Kompro-

miss müssen die heutigen Rentensenkungen gestoppt werden. Das ist das Wichtigste!» Davon nichts wissen wollte einzig der vom abgewählten Zürcher FDP-Nationalrat Hans-Rudolf Bigler geleitete Gewerbeverband.

DER KOMPROMISS: Der mit den Arbeitgebern erreichte Kompromiss ist zwar keine Gewerkschaftsvorlage, aber sie verbessert immerhin einiges für die Lohnabhängigen. Ein dauerhafter, solidarisch finanzierter Rentenzuschlag hilft, das heutige Rentenniveau zu halten, obwohl der Umwandlungssatz sofort von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt wird. Der Rentenzuschlag wird mit einem

Lohnbeitrag von je 0,25 Prozent der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber auf allen Löhnen bis rund 850 000 Franken finanziert. Hohe Löhne bezahlen somit deutlich mehr für den Rentenzuschlag. Die so zusammenkommende Summe wird pro Kopf an alle künftigen BVG-Rentnerinnen und -Rentner ausbezahlt. Das stärkt die Renten für Menschen mit tiefen Einkommen und für Teilzeitarbeitende, insbesondere auch für Frauen. Das verankert den Solidaritätsgedanken in der zweiten Säule und verbessert das Preis-Leistungs-Verhältnis des BVG.

Ausserdem schlugen die Sozialpartner vor, den sogenannten Koordi-

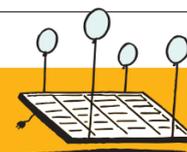
nationsabzug zu halbieren. Damit trägt ein grösserer Lohnanteil zum Aufbau der BVG-Rente bei. Das ist ebenfalls für Teilzeitarbeitende und für Menschen mit kleinen Einkommen wichtig. Also vor allem auch für die Frauen. Langfristig steigen ihre Renten.

WAS DANN GESCHAH: Der Bundesrat schickte die Sozialpartner-Vorschläge in die Vernehmlassung. Die dauerte bis zum 27. März. Bereits während der Vernehmlassungsfrist scherten einige Teilverbände der Arbeitgeber aus. Darunter die Banken, die Baumeister und die Detailhändler. Sie legten wie auch der Gewerbeverband eigene «Sanierungsmodelle» vor. Diese unterscheiden sich zwar in Nuancen, haben aber alle eines gemeinsam: Sie sind gegen die Interessen der unteren und mittleren Einkommen. Und sie wollen nichts an der Benachteiligung der Frauen im BVG ändern. Ähnlich lief es in der Vernehmlassung; die rechten Parteien von SVP bis GLP bliesen in unterschiedlichen Tönen ins gleiche Horn.

WAS JETZT GESCHIEHT: Weil der Bundesrat keine brauchbaren Ansätze der rechten Parteien und ausgescherten Arbeitgeberverbände sah, schickt er jetzt den Sozialpartner-Kompromiss in die parlamentarische Behandlung. Da werden sich die zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat damit befassen und dann die Räte selbst.

Was bereits feststeht: Sollte die rechte Mehrheit im Parlament den Kompromiss auf dem Buckel der Lohnabhängigen verschlechtern, ist das Referendum so sicher wie das Amen in der Kirche.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Blackout: Erst Corona und jetzt auch noch Strommangel? Das muss nicht sein! Feldbach zeigt, wie's geht.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz warnt vor einem Zusammenbruch der Strom- und Handynetze. Wir sollten diese Warnung ernst nehmen. So wie die Gemeinde Feldbach in Österreich. Und so schnell wie möglich 75 Milliarden Kilowattstunden Schweizer Solarenergie produzieren. Ganz eigenständig.

Für Lenin galt: «Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung.» Das mit der Sowjetmacht hat die Stürme der Zeit nicht überlebt. Das mit der Elektrifizierung ist aktueller denn je. Jedenfalls, wenn wir den Risikoszenarien des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz glauben wollen. Sie warnen vor einem Strommangel im Winter, vor einem Zusammenbruch der Strom- und Handynetze. Und vor einem grossen Erdbeben. Es lohnt sich, diese Warnungen ernst zu nehmen. So wie das vorbildlich die Gemeinde Feldbach in der nahen Steiermark in Österreich tut. Dank Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wappnet sich die Gemeinde gegen jede Art von Blackouts (siehe Link).

SWISS MADE. Die Schweiz muss so schnell wie möglich eigenständig 75 Milliarden Kilowattstunden Schweizer Solarenergie produzieren. Davon anteilmässig 25 Milliarden im Winter. Damit wären wir von Importen unabhängig, weil wir im Winter keinen Strom einkaufen müssten. Sondern die Solarenergie erfolgreich regulieren könnten: mit

etwas dezentraler Batteriepower und mit den vorhandenen Speicherseen.

Das geht locker, wenn die Schweiz vorab in den Voralpen, aber auch in den Alpen Freilandanlagen zulässt. So können wir den Umbau innert 10 Jahren schaffen. Neu müsste deshalb gelten: Ja zur Deglobalisierung. Ja zur Selbstversorgung mit Schweizer Solarenergie. Ja zur Stilllegung der Atomkraftwerke. Leider sind selbst das zuständige Bundesamt und die Grünliberalen – trotz Kurskorrekturen – noch auf dem falschen Dampfer. Sie wollen unnötigerweise bis 2050 herumlauern. Geht angesichts der drohenden Gefahren gar nicht.

Innert dieser 10 Jahre müssen wir den Strassenverkehr elektrifizieren. Und Öl- und Gasheizungen vor allem durch Luft-Wasser-Wärmepumpen ersetzen. Das ist wegen der sinkenden Preise kein Problem mehr. Die Batterien von Volkswagen werden bald pro Kilowattstunde gespeicherten Strom bedeutend weniger als 90 Franken kosten. Elektroautos werden deshalb bereits 2025 günstiger sein als Dieselaautos. Niemand hätte das vor zwei, drei Jahren für möglich gehalten. Und China haut zurzeit die Preise von immer leiseren und effizienteren Wärmepumpen in den Keller. Der deutsche Bosch-Konzern mit seinen 17 000 (!) Ingenieurinnen und Ingenieuren wird erfolgreich Gegensteuer geben. Hausbesitzer, Mieterinnen und die Umwelt werden zu den Gewinnerinnen gehören.

Alles gut und recht, aber damit haben wir noch rein gar nichts gegen



DAMIT'S HELL BLEIBT: Eine Gemeinde in Österreich ist gewappnet. FOTO: ZVG

denkbaren Zusammenbruch der Strom- und Handynetze unternommen. Die einzig vernünftige Strategie: **Baustein 1:** Wir versorgen alle Quartiere und Betriebe innert fünf Jahren mit Notstromaggregaten. So wie wir das für die Spitäler auch schon machen. Diese Generatoren müssen in erdbebensicheren Bauteilen installiert werden. Kostet über alles weniger als die Beschaffung von 30 neuen und unnötigen Kampfflugzeugen. **Baustein 2:** Alle bestehenden Heizöltanks sind ab dem 1. Januar 2022 immer plattscholl. Die Mehrkosten übernimmt das Militärdepartement (VBS). Damit können die Notstromaggregate, wenn es wirklich

Katzen hagelt, während Wochen betrieben werden. Selbst in der Übergangsphase. **Baustein 3:** Sowohl Strom- wie Handynetze müssen im Inselbetrieb funktionieren. Das heisst: nationale Schalter aus und lokaler Schalter ein. Und dies lokal ohne Clouds und Hightech-Klimbim. Vielleicht müsste die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) eine Initiative starten, die den Kauf neuer Kampfflugzeuge so weit nach hinten verschiebt, bis die realen Probleme gelöst sind. Erfreulich: Michaela Schärer ist die neu ernannte Chefin des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz. Die bisherigen Chefs – alles Männer – waren total überfordert. Wird's jetzt besser? Wir bleiben dran!

LINKS ZUM THEMA:

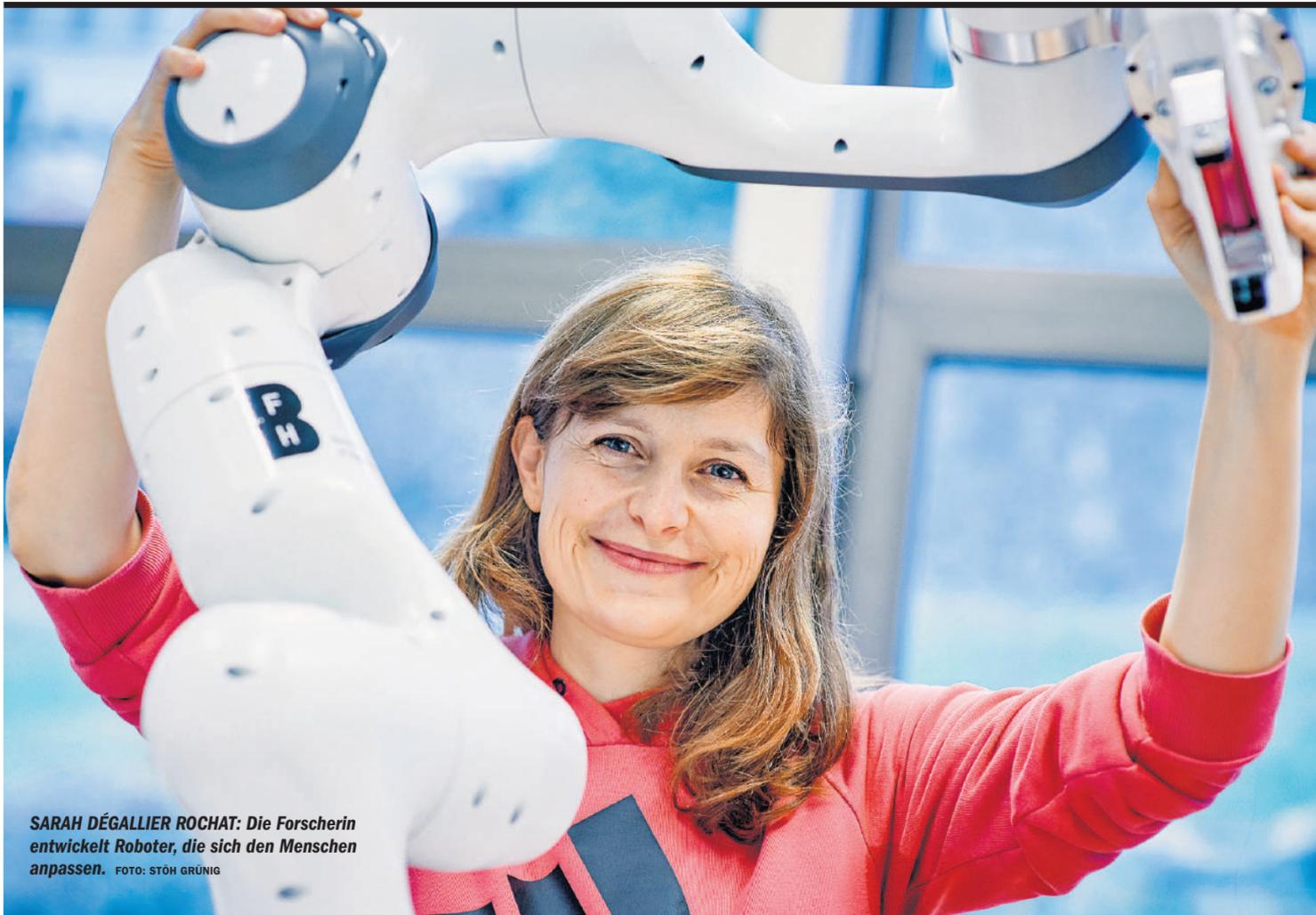
● rebrand.ly/feldbach
Schutz gegen Blackouts: Dieses Dokument der österreichischen Gemeinde Feldbach ist eine Blaupause für alle Schweizer Gemeinden. Man muss es nur weiterentwickeln.



FOTO: ZVG

● rebrand.ly/vulkantv
Vulkan TV. Noch nie gehört? Reinsehen lohnt sich trotzdem. Feldbacher Modell als Leitfaden.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



SARAH DÉGALLIER ROCHAT: Die Forscherin entwickelt Roboter, die sich den Menschen anpassen. FOTO: STÖH GRÜNING

Robotik-Professorin Dégallier Rochat blickt optimistisch in die Zukunft:

«Roboter ermöglichen uns 15-Stunden-Woche»

Künftig könnten Menschen Hand in (Metall-)Hand mit Robotern arbeiten. Aber nur, wenn die Menschen die Roboter kontrollieren – nicht umgekehrt.

JOHANNES SUPE

Nein, intelligente Maschinen werden in nächster Zeit nicht die Herrschaft übernehmen. Auch roboterbedingte Massenarbeitslosigkeit fürchtet Sarah Dégallier Rochat nicht. Zu viel Science-Fiction, zu wenig Fakt. Das sagt eine, die es wissen muss: Seit mehr als zehn Jahren beschäftigt sich die Professorin mit Robotik. Derzeit untersucht sie an der Berner Fachhochschule in Biel das Zusammenspiel von Mensch und Maschine.

Natürlich reizt es sie, sich mit sehr pessimistischen Weltentwürfen zu befassen. Sie selbst schaue zum Beispiel gern «Black Mirror», die britische Serie, die sich mit den Schattenseiten der Technik beschäftigt. Doch für die

nähere Zukunft zeichnet Dégallier Rochat ein positiveres Bild: «Es gibt die Chance, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Koboten können die Tätigkeiten übernehmen, die mühsam und eintönig sind. Bei den Menschen liegt dann die Anleitung der Koboten und all jenes, was interessant und sinnstiftend ist.» Die Voraussetzung dafür: eine neue Arbeitsteilung und zudem Maschinen, die sich den Menschen anpassen.

VOM ROBOTER ZUM KOBOTER

Im Blick hat Dégallier Rochat dabei sogenannte Koboten, also kollaborierende oder mithelfende Roboter. Vergessen sollte man dabei das Bild von men-

«Ich will dazu beitragen, dass die Automatisierung den Arbeiterinnen und Arbeitern zugute kommt.»

ROBOTER-FORSCHERIN SARAH DÉGALLIER ROCHAT

schönenähnlichen Maschinen auf zwei Beinen. Vielmehr handelt es sich etwa um flexibel einsetzbare Metallarme. Diese Koboten sind zudem mit Sensoren ausgerüstet, durch die sie zum Beispiel Kontakte wahrnehmen können. Kommt ihnen also ein Mensch in die Quere, stoppen sie. «Tatsächlich bedeutet kollaborativ hier zunächst, dass sich der Roboter den Arbeitsplatz mit dem Menschen teilen kann», so die Forscherin. Während also heute oft die Arbeiterin warten muss, bis die Maschine ihre Arbeit verrichtet hat, könnte morgen das Werk Hand in (Metall-)Hand verrichtet werden.

Runder sind sie, diese Koboten. Oft auch weicher als bisherige Roboter. So soll ein Gefühl von Sicherheit vermittelt werden. Doch entscheidender dürfte sein: Sie sind deutlich günstiger als bisherige Industrielösungen. «Bisher wurden oft einfache Arbeiten vollständig automatisiert. Die Menschen wurden ersetzt. Mit Kobotern ist eine

Teilautomatisierung möglich.» Gerade für kleinere Unternehmen sei das von Vorteil. Die Investitionssummen seien geringer, und die Firmen behielten eine grössere Flexibilität, Arbeitsabläufe umzustellen.

Doch Sarah Dégallier Rochat will nicht einfach für die Profitsteigerung forschen. Stattdessen erklärt sie: «Der Schlüsselbegriff für uns ist die Ermächtigung der Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir wollen, dass sie lernen, mit der Maschine umzugehen, und dass sie die Kontrolle behalten.» In den kommenden Jahren werde ihr Team die Einführung von Kobotern in verschiedenen Unternehmen, darunter solche der Uhrenindustrie, begleiten. Die Beschäftigten sollen dabei in jedem Schritt einbezogen werden – von Fragen der Arbeitsabläufe bis hin zur Farbe der Displays. Und eines ist der Forscherin besonders wichtig: Jedes der Unternehmen hat zugesichert, keine Stellen streichen zu wollen.

DER MENSCH IST ÜBERLEGEN

Naiv ist die Forscherin aber nicht. Natürlich verlange die Industrie verwertbare Ergebnisse. «Wenn diese auch die Arbeitsbedingungen verbessern, umso besser. Aber der Hauptfokus ist das selten.» Und es gebe einige Firmen, die nichts lieber tun würden, als auch ihre letzten Beschäftigten gegen Maschinen auszutauschen. Bislang verhindere das aber oft genug der Stand der Technik. Im Geschick und im Erkennen der Umwelt sei der Mensch den Ro- und Kobotern noch immer weit überlegen.

Aber tragen ihre Untersuchungen langfristig nicht doch zum Stellenabbau bei? Und vielleicht noch perfider als bisher, da es die Arbeiterinnen und Arbeiter sind, die ihren stählernen Ersatz genauestens einweisen? «Es ist nicht auszuschliessen. Aber die Automatisierung wird so oder so kommen. Ich will einen Teil dazu beitragen, dass sie den Arbeiterinnen und Arbeitern zugute kommt», entgegnet die

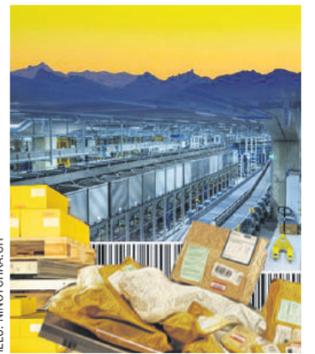
Kobotik: Mitmachen bei der Studie

Vier Jahre lang – von Mai 2020 bis Ende April 2024 – untersuchen Sarah Dégallier Rochat und ihr Team «Wie Mensch und Maschine optimal zusammenarbeiten können». Die Forschenden wollen die Einführung von Kobotern in mehreren Industriebetrieben begleiten und die Erfahrungen der Beschäftigten auswerten. Das Projekt wird vom Schweizerischen Nationalfonds im Rahmen einer ganzen Forschungsreihe namens «Digital Transformation» gefördert. Der Nationalfonds ist eine private Stiftung, die im Auftrag des Bundesrats wichtige Forschungen unterstützt. Teil der Studie ist auch die Befragung von Industriemitarbeitenden zu ihren Erfahrungen mit Robotern. Interessierte können unter diesem Link teilnehmen: rebrand.ly/mensch-und-roboter

AUSSTELLUNG. Das Neue Museum Biel zeigt derzeit die Ausstellung «Biel/Bienne 4.0. Revolutionen an der Arbeit seit 1800». In einem eigens konzipierten Teil wird auch auf mögliche bevorstehende Veränderungen der Arbeitswelt hingewiesen, darunter auch auf die Möglichkeiten der Kobotik. Sarah Dégallier Rochat war an dieser Ausstellung beteiligt. Das Museum bietet auch eine virtuelle Tour an: rebrand.ly/arbeitsrevolutionen (jos)

Forscherin. Dann legt sie nach: «Es liegt daran, wie der Prozess gestaltet wird. Wir könnten längst viel weniger arbeiten und wären noch immer produktiv. Eine 15-Stunden-Woche wäre möglich.»

Das wäre dann tatsächlich nicht mehr die pessimistische Zukunftsversion von «Black Mirror», sondern der optimistische Blick ins Morgen von «Star Trek».



ILLU: NINGTCHKA.CH

Die Briefträgerin & der Horizont

Der Onlinehandel ist eine wachsende Branche. Die Post sei dafür gerüstet, erfährt die Briefträgerin aus der Personalzeitung. Dank der Mix-Mail-Sortieranlage in Zürich Mülligen.



Bärtschi-Post

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Einer Weltneuheit, die demnächst in Betrieb genommen werden soll. Und dank ISOZ (intelligente Sortierung für eine optimale Zustellung). ISOZ wurde erfunden, um die Zustellung von Paketen «kostenoptimal» zu gestalten, indem diese «intelligent» auf die beiden Organisationseinheiten PostMail und PostLogistics verteilt werden. In der «Post von morgen» werden die beiden Bereiche so wieso zusammengefasst sein. Und dann ab 2021 Logistik Services heissen.»

EIFACH MACHE. Doppelte Fahrten sollten wenn möglich vermieden werden. «Die Post erhält für jede einzelne Adresse aufgrund von Erfahrungswerten eine Empfehlung, ob PostLogistics oder PostMail die Pakete zustellen soll», steht weiter in der Zeitung. Adressen, die laut Datenerfassung viele – und grosse – Pakete erhalten, werden von PostLogistics beliefert, Adressen mit kleinem Paketaufkommen von PostMail. «Penser poste» spare «Zeit, Kosten, Treibstoff und nicht zuletzt auch CO₂». Der Briefträgerin fällt die Reihenfolge der genannten Sparposten auf. Und sie stellt sich, auch vorgewarnt

Nun will auch die Briefträgerin intelligent optimieren.

durch den Teamchef, «mental» auf die anstehende Päckliflut ein. «Eifach mache, eifach eis nach em andere», sagte die Kollegin. Und: «Nur muss genug Zeit zur Verfügung stehen!» – Ihr Wort in der Strategen Ohr...!

Seit zwei Jahren bereits schreibt die Briefträgerin nun Texte für work. Immer fiel ihr etwas ein, fast zur eigenen Verwunderung. Aber ein Arbeitsalltag gibt eben viele Geschichten her. Nun will auch die Briefträgerin intelligent optimieren. Doch braucht sie dazu nicht Big Data. Sie hat lebendige Quellen, die sie vermehrt einbeziehen will: die Berichte und Gedanken von Kolleginnen und Kollegen. Die bereits Angefragten reagierten positiv. Sie wollen erzählen, Erlebtes liefern, teilnehmen.

Auf also, vom Horizont zur Horizonterweiterung!

workfrage:
Können Sie sich vorstellen, mit Robotern zusammenzuarbeiten?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Lobbyisten hier und dort Wer für wen?

Ein Heer von Lobbyisten ist um das EU-Hauptquartier in Brüssel aufgestellt. Es sind sage und schreibe 30 000! Der EU-Staatsapparat umfasst mit allem Drum und Dran 60 000 Köpfe. Ziehen wir alles Backoffice ab, dann kommt ein Lobbyist auf eine EU-Beamtin oder einen Parlamentarier! Die Schweiz ist in diesem Heeresaufzug wacker dabei. Sie hat am zehntmeisten Lobbyisten in Brüssel. Mehr als Österreich und andere mittelgrosse Länder. Genauer besehen sind es allerdings die Schweizer Multis, die an die EU-Futter-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

töpfe drängen oder die Regulierungen mitknechten wollen. Allen voran Novartis, Syngenta und die UBS. Die meisten ändern Organisationen aus der Schweiz, wie der Arbeitgeberverband, die NGOs und die Parteien, haben keine Nase in einem Brüsseler Büro. Sie reisen bloss von Zeit zu Zeit an Sitzungen dorthin.

Die EU-Seite weibelt sehr gut gegen die Flankierenden. töpfe drängen oder die Regulierungen mitknechten wollen. Allen voran Novartis, Syngenta und die UBS. Die meisten ändern Organisationen aus der Schweiz, wie der Arbeitgeberverband, die NGOs und die Parteien, haben keine Nase in einem Brüsseler Büro. Sie reisen bloss von Zeit zu Zeit an Sitzungen dorthin.

NUR SONDIEREN. Seit Jahren läuft das Seilziehen über das institutionelle Rahmenabkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU. Gibt es da nun eine starke Schweizer Lobby, die bei der EU für eine gute Lösung weibelt, die bei uns eine Volksabstimmung überstehen wird? Mitnichten. Kürzlich reiste eine Delegation des Nationalrats nach Brüssel. Sie «sondierte» und «spürte, wie die Stimmung wirklich ist». Und liess verlauten, dass die EU nicht gross nachgebe und eine baldige Unterzeichnung des InstA durch den Bundesrat erwarte. Wer weibelte da für wen?

Die EU-Seite lobbyiert dagegen gut: Mal der eine, dann der andere Botschafter aus EU-Ländern in Bern ermahnt uns zum Unterschreiben. Am buntesten treibt es Andreas Schwab. Er ist Lobbyist der süddeutschen Arbeitgeber, die sich über unsere Baustellenkontrollen ärgern. Er ist EU-Parlamentarier der CDU, verhandelt mit Deutscher Bank und Goldman Sachs, Vorsitzender der Kommission, die sich mit der Schweiz befasst. Bei uns meldet sich Schwab Monat für Monat in Interviews und an Tagungen. Er sei ein «Freund der Schweiz», charmiert er dann jeweils, aber die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit seien unverhältnismässig und diskriminierend. Worauf die Medien die Gewerkschaften fragen, warum sie nur so stur blieben.

UNTERSTÜTZUNG. Als Gewerkschaften haben wir Glück: Der Europäische Gewerkschaftsbund, in dem wir Mitglied sind, ist eine starke Lobby. Generalsekretär Luca Visentini findet es unverschämt, wie die EU gegen die Flankierenden agiert. «Bei einem Mitgliedstaat würde die EU so etwas nie wagen.»

UNIA online



Da ist das Geld in der Schweiz

Wie sind Einkommen und Löhne, Vermögen sowie Steuern und Abgaben in der Schweiz verteilt? Ziemlich unfair, wie aus dem Verteilungsbericht 2020 des SGB hervorgeht. Zum Bericht:

www.verteilungsbericht.ch

Zutrittsrecht: Lohndumper Baha verliert erneut vor Gericht Unia durfte zu den Büzern

Der österreichische Multimillionär Christian Baha fängt vor den Thurgauer Gerichten bereits zum zweiten Mal eine Schlappe ein.

RALPH HUG

Der Fall geht auf eine bekannte Immobilie zurück: Schloss Sonnenberg bei Stettfurt TG. Seit Jahren ist das Schloss eine Baustelle, auf der es nicht vorwärtsgeht. Im Volksmund heisst sie deshalb längst «Kranenberg». Besitzer Christian Baha, ein Selfmade-Millionär aus Wien, wollte sich dort einen repräsentativen Sitz einrichten. Allerdings auf die billige Tour: Statt Thurgauer Bauhandwerker liess er polnische Arbeiter zu Tiefstlöhnen anheuern und quartierte sie beim Schloss in Containern ein. Dafür zwackte er ihnen noch Miete ab. Dank der Unia flog der Missstand bald auf.

LOHNDUMPER

Prozesse vor Gericht waren die Folge. Denn Baha wollte weder eine Gewerkschaft im Haus haben, noch wollte er öffentlich als Lohndumper dastehen. So versuchte er der Unia zu verbieten, von Lohndumping zu sprechen. Er verklagte die Gewerkschaft wegen Persönlichkeitsverletzung. Der Schuss ging jedoch hinten raus: Im Sommer 2018 befand das Kreisgericht Frauenfeld rechtskräftig, dass zu Recht von Lohndumping gesprochen werden müsse. Weil die Löhne, die er den Polen auf seiner Baustelle zahlte, weit weg von den ortsüblichen liegen: nämlich unter 3000 Franken. So wurde es nichts mit einer Restauration des Schlosses auf dem Buckel von krass unterbezahlten Büzern.

Doch der dünnhäutige Millionär hatte auch versucht, Kontakte der Gewerkschaft mit den polnischen Bauarbeitern zu verhindern.



BILLIGE TOUR: Multimillionär Baha wollte sich auf Schloss Sonnenberg TG seine Residenz erbauen, und bei den Büzern-Löhnen sparen. Doch die Unia machte ihm einen Strich durch die Rechnung.

Unia-Vertreter wollten die Betroffenen in der Znünpause und über Mittag in den Containern besuchen. Der Chef vor Ort und Geschäftsführer der Schloss & Gut Sonnenberg AG wies sie jedoch weg. Und reichte erst noch Strafan-

Das Gericht bekam Kläger Baha noch nie zu Gesicht, denn er residiert in Monaco.

zeige wegen mehrfachen Hausfriedensbruchs ein. So wurde Baha zum Dauerkunden der Thurgauer Justiz. Zuerst sah es für ihn noch gut aus: Staatsanwältin Claudia Weber erliess im August 2019 einen Strafbefehl gegen den Uniamann, mit einer bedingten Geldstrafe samt Busse. Das Kreisgericht

Frauenfeld sprach dann aber den Gewerkschafter frei.

Diese erneute Pleite wollte Baha nicht hinnehmen und legte Berufung vor dem Obergericht ein. Dieses hat nun letzte Woche entschieden: Es war kein Hausfriedensbruch. Die schriftliche Begründung steht noch aus, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Thurgauer Richterinnen und Richter bekamen den Kläger noch nie zu Gesicht. Auch diesmal nicht: Baha liess sich dispensieren mit der Begründung, er lebe mit seiner Familie in Monaco. Wo er formell seinen Wohnsitz hat, natürlich aus steuerlichen Gründen.

IM KNAST

Pikant: Der Geschäftsführer, der die Unia mit der Klage kriminalisieren wollte, ist selbst ein Krimi-

neller. Er sitzt mittlerweile in Österreich hinter Gittern, weil er Baha um Goldmünzen erleichtern wollte.

GRUNDSATZURTEIL?

Das schriftliche Urteil wird nicht ohne Spannung erwartet. Denn es tangiert eine Grundsatzfrage gewerkschaftlichen Handelns, nämlich das Zutrittsrecht zum Arbeitsplatz. Juristisch ist sie zugunsten der Gewerkschaften erst im Bereich der öffentlichen Verwaltung, aber nicht in der Privatwirtschaft geklärt. Allerdings ist kaum zu erwarten, dass es ausgerechnet die konservative Thurgauer Justiz ist, die dieses international verbrieft, aber in der Schweiz noch immer nicht richterlich bestätigte Grundrecht der Gewerkschaften bekräftigen wird.

FORTSETZUNG SEITE 3

AUFGRUND EINES RICHTERLICHEN BESCHLUSSES IST DIESER ARTIKEL NOCH NICHT VERFÜGBAR

ORANGE WELLE: Zehntausende Fahnen, Transparente und Velowimpel machten die fortschrittliche Initiative sichtbar. FOTO: KEYSTONE



work kommentar
Clemens Studer

VOLKSMEHR BEI DER KONZERNVERANTWORTUNGS-INITIATIVE IST EIN RIESIGER ERFOLG!

Selten sahen Siegerinnen und Sieger einer Volksabstimmung so hässig aus wie die Direktorin des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, Monika Rühl, und der Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser in der Abstimmungsendung vom Schweizer Fernsehen. Die Mehrheit der Stimmenden wollte, dass Schweizer Konzerne für Umweltverschmutzung, Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit im Ausland in der Schweiz haften müssen. Doch die Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) scheiterte am Ständemehr (siehe Artikel unten). Die Konzerne und ihre Politiker mögen öffentlich jubeln, obwohl das Volk nicht hinter ihnen steht. Aber zumindest die intelligenteren unter ihnen wissen: der windelweiche Gegenvorschlag wird nicht lange in Kraft sein. In der EU werden schon bald härtere Regeln gelten als in der Schweiz. Und, fast noch wichtiger: die Kampagne um die Kovi hat die Multis und Konzerne unter Beobachtung gestellt. Und dort werden sie bleiben. Wer im Dunkeln geschäftet, wird das nicht gerne sehen.

DRECKIGE GEGENKAMPAGNE

Das bisschen Zeit, um weiter verantwortungslos im Ausland zu geschäften, haben sich die Konzerne teuer erkaufte. Zuerst verschleppten sie die Behandlung der Initiative im Parlament mit allen Tricks. Dann starteten sie eine millionenschwere Kampagne mit Fake News. Und gehässigen Angriffen auf die Initiativ-Befürworterinnen und -Befürworter. Ihre politischen

Wasserträgerinnen und Wasserträger mussten etwas liefern fürs Geld. Und sie lieferten. Zum Beispiel der Konzern-Lautsprecher Ruedi Noser. Und die Luzerner CVP-Ständerätin Andrea Gmür. Die CVP-Fraktionschefin trat bemerkenswert aggressiv auf. Insbesondere auch gegen die Kirchen, die sich hinter die Initiative gestellt hatten. Gmür ist pikanterweise die Schwägerin des Basler Bischofs Felix

Die orange Dynamik wird nicht verschwinden. Die Multis und Konzerne stehen jetzt unter Beobachtung.

Gmür, der sich für die Initiative engagierte. Und jetzt im Gegensatz zu seiner Schwägerin eine Mehrheit des Volkes auf seiner Seite hat. Also die eigentlichen Siegerinnen und Sieger. Im Unterschied auch zu den von Aarau und Zürich aus gesteuerten Deutschschweizer Medien und ihren Online-Auftritten. Sie schrieben konsequent (einzige Ausnahme: tagesanzeiger.ch) gegen die Initiative und folgten der Agenda der Konzernkampagne. Das ist keine Behauptung, sondern die Erkenntnis einer Auswertung des «Forschungszentrums Öffentlichkeit und Gesellschaft» der Universität Zürich.

Ebenfalls nur zu den formalen Siegerinnen gehört FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Die Justizministerin liess sich in bemerkenswerter Weise in die Kampa-

gne der Konzerne einspannen. Die lief darauf hinaus, einzig auf ein Stände-Nein zu setzen. Und die ging ja jetzt auch auf. Auch dank Keller-Sutter: Sie klapperte bis kurz vor dem Abstimmungssonntag jene «Wackel-Kantone» ab, die die Führer der Gegenkampagne identifiziert hatten, und holte damit für die Konzerne die Kohlen aus dem Feuer. Aber nicht das Volk hinter sich. Keller-Sutter hat in den vergangenen Wochen ihr vorher sorgfältig aufgebautes Image als Brückenbauerin und Vermittlerin beschädigt. Das wird niemandem so sehr bewusst sein wie ihr selbst.

BREIT-BUNTES BÜNDNIS

Ganz anders die eigentlichen Siegerinnen und Sieger dieser Abstimmung: Rund um die Konzernverantwortungsinitiative ist eine Dynamik entstanden, die beispielhaft ist. In Hunderten von Lokalkomitees engagierten sich Tausende Menschen für die Kovi. Sie ermöglichten mit ihren kleinen und mittleren Spenden, eine breite Kampagne für die Kovi zu fahren: Zehntausende Fahnen, Transparente und Velowimpel schufen eine beispiellose Sichtbarkeit für eine fortschrittliche Initiative. Diese orange Dynamik wird nicht verschwinden – Ständemehr hin oder her. Im Gegenteil: mit der Legitimität der Volksmehrheit im Rücken wird dieses breite und bunte Bündnis den Konzernen und ihren politischen Handlangern noch genauer auf die Finger schauen können. Und das war, ist und bleibt dringend nötig.

Ständemehr: Rechter Stimmen-Booster

Die Konzernverantwortungsinitiative hatte eine Mehrheit des Volks hinter sich, nicht aber die Mehrheit der Kantone, der Stände. Für eine Änderung der Bundesverfassung braucht es aber sowohl die Mehrheit des Volkes als auch der Kantone.

Das Prinzip des Ständemehrs geht auf die Tagsatzung der Alten Eidgenossenschaft zurück. Diese entschied alle eidgenössischen Fragen ausschliesslich mit Ständestimmen. Damit war es während der revolutionären Helvetischen Republik (1798–1803) vorbei. Als es mit der Helvetischen Republik vorbei war, führte die Eidgenossenschaft die Tagsatzung wieder

ein. In der ersten Bundesverfassung von 1848 wurde dann das Ständemehr festgeschrieben. Bereits damals diente es dem Schutz der reaktionären Kantone vor den fortschrittlichen. Diese Funktion hat es bis heute behalten.

UNGLEICHGEWICHT. Es kommt zwar selten vor, dass Volks- und Ständemehr nicht übereinstimmen. Aber wenn, dann sind es immer tendenziell fortschrittliche Vorlagen, bei denen die Kantone die Volksmehrheit überstimmt haben. Das war bisher 10 Mal der Fall seit 1848. In der gleichen Zeit nahmen die Stände vier Vorlagen an, die

vom Volk abgelehnt wurden. Wegen des unterschiedlichen Bevölkerungswachstums in den Kantonen hat sich die Bevorzugung für Wählende aus konservativen Kantonen verstärkt. Heute braucht es bereits die Stimmen von 40 Zürcherinnen und Zürchern, um einen Appenzeller Innerrhändler «auszugleichen». Wollte man dies ändern, müsste man ebenfalls die Bundesverfassung ändern. Und dazu brauchte es eben – das Ständemehr in seiner heutigen Form.

Fazit: Die Diskussion um das Ständemehr ist zwar interessant. Andererseits aber eben auch müssig. (cs)



STÄNDE: Kantonswappen auf dem Bundeshaus. FOTO: KEYSTONE



DIE RETTUNG DER UNO

Die erlösende Nachricht kam am Samstag, dem 7. November, gegen 16 Uhr: Der US-Nachrichtensender CNN verkündete, dass Joseph Biden zum 46. Präsidenten der USA gewählt worden sei. Einige Minuten später wurde Tedros Adhanom Ghebreyesus, der Generaldirektor der Welt-

Der gewählte Präsident Joseph Biden verspricht, Trumps imperialistischen Irrlauf zu beenden. gesundheitsorganisation (WHO), zugschaltet. Sein Gesicht strahlte vor Freude. Sein

diplomatisch korrekter Kommentar: «Ich freue mich ausserordentlich, mit Präsident Biden zusammenzuarbeiten.»

LISTE DER RÜCKZÜGE. Noch-US-Präsident Donald Trump hatte im letzten Juli, mitten in der Corona-Pandemie, die Tür der WHO zugeknallt. Bis dahin waren die USA der wichtigste Beitragszahler. Jetzt lautete der skurrile Vorwurf des Präsidenten: Das Virus sei in China als Waffe gegen den Westen fabriziert worden. Die WHO sei von China unterwandert, und Generaldirektor Ghebreyesus sei ein chinesischer Agent. Die Kontinente übergreifende Erleichterung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Uno war spürbar. Insbesondere im Genfer Völkerbundpalast, dem europäischen Sitz der Weltorganisation. Eric Tistounet, der Sekretär des Menschenrechtsrates, sagte mir am Telefon: «Wir sind gerettet.» Washington hatte sich bereits 2018 aus dem Rat zurückgezogen. Trump hatte der multilateralen Diplomatie den Krieg erklärt. Er hat den 2015 von 192 Staaten geschlossenen Klimapakt von Paris gekündigt. Er hat den globalen Migrationspakt bekämpft und den Nuklearvertrag mit Iran annulliert. Uno-Sida ist die effiziente Spezialorganisation, die sich um die Millionen Aidskranker kümmert. Trump hat sie verlassen und ihr alle Subventionen gestrichen. Das gleiche tat er im Nahen Osten: Er verliess die Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) und strich ihr die Beiträge. Er kündigte die Mitgliedschaft bei der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco). Und er blockierte das Auswahlverfahren für einen neuen Direktor der Welthandelsorganisation (WTO). Viele meiner Kolleginnen und Kollegen bei der Uno sind davon überzeugt, dass Trump die feste Absicht hatte, die Weltorganisation selbst zu zerstören.

ERRUNGENSCHAFT DER ZIVILISATION. Tatsache ist, dass die USA 26 Prozent des regulären Uno-Budgets und 80 Prozent des Spezialbudgets für Blauhelm-Einsätze bezahlen. Ohne die Beiträge aus Washington wäre die Uno am Ende. Der drohende Austritt hing deshalb wie ein Damoklesschwert vier Jahre lang über dem Kopf von Uno-Generalsekretär António Guterres. Die multilaterale Diplomatie und das friedliche Einvernehmen zwischen den Staaten sind eine Errungenschaft der Zivilisation. Biden verspricht, Trumps imperialistischen Irrlauf zu beenden.

Der ehemalige Uno-Generalsekretär Kofi Annan mahnte oftmals: «Die Uno, das ist jeder von uns.» Wenn die Wiederauferstehung des Multilateralismus, die kollektive Sicherheit, der gemeinsame Kampf gegen Hunger und extreme Armut gelingen sollen, sind die Mobilisierung und der energische Einsatz von jedem von uns gefordert.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Unia fördert Wissenschaft

FREIBURG/BASEL. Über Jobs, Arbeitsplätze und Gewerkschaften wird viel zu wenig geforscht. Deshalb hat die Unia einen Preis von 4000 Franken gestiftet, der jetzt erstmals vergeben wurde: an Jacqueline Kalbermatten von der Uni Freiburg und Nicola Cianferoni von der Uni Genf. Kalbermatten untersucht in ihrer Dissertation die prekäre Situation von Migrantinnen und Migranten, die in Gastküchen arbeiten. Wie sich die Arbeit im Detailhandel verändert hat, analysiert Cianferoni in seiner Dissertation. Der Nachwuchspreis von 1000 Franken geht an Sarah Madörin mit ihrer Masterarbeit an der Uni Basel. Ihr Thema: erwerbstätige Mütter und das Spannungsfeld der Erwartungen, in dem sie stehen.

Kriegsgeschäftsinitiative 2.0

BERN. Mit unserem Volksvermögen und unseren Rentenbeiträgen darf weiterhin Kriegsmaterial finanziert werden. Die Kriegsgeschäftsinitiative, die mit diesem Ärgernis Schluss machen wollte, wurde abgelehnt. Doch die nächste Chance, die Welt ein bisschen friedlicher zu machen, steht schon auf der politischen Agenda: Die breit abgestützte Korrekturinitiative fordert, dass kein Kriegsmaterial aus der Schweiz an Länder exportiert werden darf, die in einen bewaffneten Konflikt involviert sind oder die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen.

Pflegende schlagen Alarm

BERN. Die zweite Coronawelle bringt die Pflegerinnen und Pfleger an ihre Grenzen. Und darüber hinaus. Wegen Personalmangels müssen jetzt viele sogar weiterarbeiten, wenn sie coronapositiv sind. Etwa in Altersheimen. Für viele Bewohnerinnen und Bewohner ist das lebensgefährlich. An der Unia-Branchenkonferenz vom 2. Dezember forderten die Pflegenden deshalb Sofortmassnahmen von Bund und Kantonen. Und zwar dringend. Denn: «Pflegende mit einer vermuteten oder nachgewiesenen Covid-19-Infektion dürfen unter keinen Umständen zur Arbeit herangezogen werden.»

Klimastreik kommt 2021

BERN. Eigentlich hätte er schon dieses Jahr stattfinden sollen: der «Strike for Future», der grosse Klima-Generalstreik. Doch wegen der Coronakrise fiel er ins Wasser. Nun steht das neue Datum: Am 21. Mai 2021 soll die Schweiz fürs Klima stillstehen. Hinter dem «Strike for Future» steht die Klimajugend, zusammen mit einem Bündnis aus verschiedenen Organisationen, Bildungsinstitutionen, Genossenschaften und Gewerkschaften. Auch die Unia unterstützt den Streikaufruf. Denn: Alle Arbeitenden spüren die Auswirkungen des Klimawandels, ob auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder in der Pflege.

Die Reichen in der Schweiz wurden in der Pandemie noch reicher Die Coronakrisen-Gewinnler

Die 300 Reichsten in der Schweiz sind in der Covid-Krise noch reicher geworden. Allein der Blocher-Clan legte um 4 Milliarden zu. Das hat seine Gründe.

CLEMENS STUDER

Im August waren 304400 Arbeitnehmende in Kurzarbeit. Neuere Zahlen sind noch nicht verfügbar. Sie bekommen 20 Prozent weniger Lohn. Für kleine und mittlere Einkommen ist das dramatisch. Zehntausende von Klein-Selbständigen, Klein-Unternehmenden im Kulturbereich und Kulturschaffenden haben seit Monaten wegen der Pandemie-Massnahmen keine oder kaum mehr Einnahmen. Kurz: Die Covid-Krise ist nicht nur eine gesundheitliche, sondern auch eine ökonomische Krise.

KRISE FÜR WEN?

Doch Krise ist nicht gleich Krise: Die 300 Reichsten im Land besitzen jetzt zusammen 707 Milliarden Franken. Das sind 5 Milliarden mehr als im vergangenen Jahr. Das zeigt die jährliche Rangliste des Wirtschafts magazins «Bilanz». Eine riesige journalistische Fleissarbeit. 80 Prozent des gesamten Vermögenszuwachses gehen auf das Konto des Blocher-Clans. Und da sind

Mittlerweile ist die Ausschüttung der Ems-Chemie an die Blocher-Töchter höher als die Lohnsumme aller Mitarbeitenden.

die 1,1 Millionen Franken noch nicht mitgerechnet, die Clan-Boss Christoph nun doch noch vom Bund bekommt, obwohl er einst öffentlichkeitswirksam auf seine Bundesratsrente verzichtet hatte. Die vereinigten Blochers haben es dank ihren Gewinnen im Coronajahr neu unter die Top-Five der Superreichen geschafft. Die Bilanz be-



BLOCHER-CLAN: Magdalena, Christoph, Rahel (vorne v. links), mit Silvia, Markus und Miriam (hinten v. links). FOTOS: MARC WETLI / 13 PHOTO, ISTOCK, GETTY; MONTAGE: WORK

ziffert das Vermögen des Clans auf 15 bis 16 Milliarden Franken. Als Vater Blocher 2003 Bundesrat wurde, schätzte die «Bilanz» das Blocher-Vermögen noch auf «nur» 2,5 Milliarden. Da hat die Milliardärsfamilie also gewaltig vorwärts und in die eigene Tasche gemacht.

Heute sind in der Schweiz nur noch sie reicher:

- 1. Gebrüder Kamprad (Ikea-Erben):** 55–56 Milliarden
- 2. Familien Hoffmann und Oeri (Roche-Erben):** 29–30 Milliarden

- 3. Gérard Wertheimer (Chanel):** 25–26 Milliarden
- 4. Familie Safra (Finanzindustrie):** 21–22 Milliarden.

DIE JOBKILLER

Ebenfalls zu den grossen Vermögensanhäufern im Coronajahr gehören die Familien Schindler und Bonnard, die den Liftersteller Schindler regieren. Sie machten ein Plus von 2 Milliarden Franken und kommen nun auf ein Vermögen von 14 bis 15 Milliarden Franken. Doch während die Coronakrise den Schindler-Aktionärinnen und -Ak-

tionären neue Milliarden beschert, zittern die Mitarbeitenden um ihre Jobs. Im Juli gab Schindler bekannt, weltweit 2000 Jobs zu streichen – davon 200 in der Schweiz.

Einen runden Monat später strich der Warenhauskonzern Manor gleich 476 Stellen, nachdem er bereits im Januar rund 80 Stellen abgebaut und Filialen geschlossen hatte. Manor gehört der Maus Frères Holding. Diese wiederum den Familien Maus und Nordmann. Gesamtvermögen: 3 bis 3,5 Milliarden Franken.

Das sind nur zwei Beispiele von Profitmaximierung auf dem Buckel der arbeitenden Menschen. Denn die sind es, die in der Realität die Vermögen der Aktienbesitzenden erarbeiten.

In diesem Zusammenhang nochmals zurück zu den Blochers: Mittlerweile ist die Ausschüttung der Ems-Chemie an die drei Blocher-Töchter höher als die Lohnsumme aller Mitarbeitenden zusammen. Für 2019 in Zahlen: Die Ems-Hauptaktionärinnen kassierten 329,8 Millionen Franken. Die Ausgaben für die gesamte Belegschaft dagegen beliefen sich lediglich auf 238,5 Millionen.

99%-Initiative

Wenn die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher werden, ist das sozialer Sprengstoff. Davor warnen sogar Wirtschafts-institutionen wie der Internationale Währungsfond und die OECD immer dringlicher. Und fordern Anpassungen am Steuersystem.

CHANCE. In der Schweiz bietet sich bald die Chance dazu, wenn die 99%-Initiative der Jusos vors Volk kommt. Sie schlägt vor, Kapitaleinkommen (Zinsen, Dividenden usw.) ab einem Freibetrag 1,5 Mal so stark zu besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Die Mehreinnahmen sollen dazu dienen, die Einkommenssteuern für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen zu senken. (cs)

Hunderte infizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim US-Onlinegiganten Corona-Hotspot Amazon Deutschland

Jetzt will die Gewerkschaft Verdi mit Streiks einen besseren Gesundheitsschutz durchsetzen.

JOHANNES SUPE

Sie nehmen den Kampf mit dem Riesen auf. Erneut sind Hunderte Amazon-Mitarbeitende in den Streik getreten. Kurz vor der Schnäppchenjagd des Black Friday (siehe Seite 2) hatte die Gewerkschaft Verdi zur mehrtägigen Arbeitsniederlegung gegen den Onlinegiganten aufgerufen. Gewerkschaft und Mitarbeitende wollen so den Druck auf den Konzern erhöhen. Denn der weigert sich, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

CORONA-PROFITEUR

Während der Coronakrise läuft das Geschäft für Amazon gut. Sogar ausserordentlich gut. Der Umsatz des US-Konzerns stieg in diesem Jahr drastisch an. So schloss Amazon das 3. Quartal mit einem Umsatz von 96 Milliarden US-Dollar ab, etwa 26 Milliarden mehr als im vergangenen Jahr. Gleichzeitig verdreifachte sich der Gewinn auf 6,3 Milliarden. Davon profitiert vor allem einer: Amazon-Chef Jeff Bezos, dessen Vermögen auf etwa 190 Milliarden Dollar geschätzt wird. Allein der Verkauf eines kleinen

Teils seiner im Wert deutlich gestiegenen Aktien brachte dem ohnehin reichsten Mann der Welt im November weitere Unsummen ein. «Ein Krisengewinnler, wie er im Buche steht», urteilt Verdi.

Doch diese gewaltigen Geldberge werden auf dem Rücken der Mitarbeitenden erwirtschaftet. So kritisiert Verdi etwa, dass der Konzern sich um die Corona-Schutzmassnahmen

Amazon foutiert sich um die Corona-Schutzmassnahmen.

men foutiere. Die vorgeschriebenen Abstände der Beschäftigten zueinander liessen sich in Stosszeiten kaum einhalten. Ende November konstatiert die Gewerkschaft: Am Standort Graben in Augsburg sind 300 von 1800 Beschäftigten infiziert, in Koblenz, wo etwa 2800 Menschen für Amazon arbeiten, sind zuerst 170 von 800 getesteten Beschäftigten positiv, bei einer weiteren Untersuchung abermals 130. Mindestens fünf Erkrankte seien in der Folge auf der Intensivstation gelandet.

Die aktuellen Streiks sollen entsprechend einen besseren Gesundheitsschutz für die Mitarbeitenden



AMAZON SOLL ZAHLEN: Aktion gegen Amazon in Bad Hersfeld (D). FOTO: VERDI

durchsetzen. Sie reihen sich ein in eine lange Reihe von Arbeitsniederlegungen bei Amazon. Bereits seit 2013 versucht Verdi, mit dem Onlinegiganten einen Tarifvertrag abzuschliessen, der die Löhne und Arbeitsbedingungen regelt. Doch Amazon will die Gewerkschaft draussen halten.

GEWERKSCHAFTEN RAUSHALTEN

Wie weit Amazon dafür geht, zeigen jüngste Enthüllungen des Magazins «Vice». Demnach nutze Amazon in den USA systematisch Onlinedienste wie Facebook und Instagram, um ge-

werkschaftliche Aktivitäten seiner Mitarbeitenden auszuspiionieren. Ausserdem würden Gruppen von Mitarbeitenden, die sich zusammenschliessen wollen, unterwandert und denunziert. Das «Vice»-Magazin behauptet, Hinweise darauf zu haben, dass die Agentur Pinkerton in einem polnischen Amazon-Standort eingesetzt wurde, um Mitarbeitende zu überwachen. Pinkerton ist eine in der Vergangenheit immer wieder gegen Gewerkschaften eingesetzte Agentur. Amazon streitet das ab, gibt aber die Zusammenarbeit mit Pinkerton zu.

Viel zu wenig Betriebskontrollen: Gewerkschaftsbund schlägt Alarm

Kantons-Larifari im Gesundheitsschutz

Die Kantone halten die Arbeitsinspektorate ausgerechnet in der Coronakrise an der kurzen Leine. Das verursacht unnötiges Leid. Und verstösst gegen verbindliche Vorgaben.

RALPH HUG

Wer hat im Betrieb jemals einen Arbeitsinspektor gesehen? Sie haben Seltenheitswert. Doch diese Fachleute können viel tun für die Gesundheit am Arbeitsplatz. Erst recht in Zeiten der Pandemie. Aber es gibt viel zu wenig von ihnen. Das enthüllt jetzt der Gewerkschaftsbund mit einer Untersuchung von Luca Cirigliano und Lukas Schaub. Cirigliano ist beim Gewerkschaftsbund für die Arbeitsrechte zuständig. Er fordert: «Es ist dringlich, dass die Kantone die Zahl der Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren aufstocken.» Hier die Fakten:

- Nur ein einziger Kanton erfüllt die gesetzlichen Vorgaben, nämlich Neuenburg. Alle anderen weisen teils krass unterdotierte Inspektorate auf.
- Am wenigsten tut die Wirtschaftsmetropole Zürich. Der Kanton schickt bloss 29 Inspektoren auf die Piste. Dabei sollten es zweieinhalb Mal mehr sein.
- Bern lässt es auch gemächlich angehen. 16 Inspektoren sind für den Gesundheitsschutz zuständig, es müssten aber 45 sein.
- Zu den Kantonen, die sich viel zu wenig um den Gesundheitsschutz kümmern, zählen insbesondere auch Aargau, Waadt und St. Gallen.

KONVENTION VERLETZT

Arbeitsschutz auf Sparflamme – das widerspricht klar dem Gesetz. Denn die kantonalen Inspektorate sind für die Umsetzung des Arbeitsgesetzes verantwortlich. Sie müssen dafür sorgen, dass die Gebäude, Räume, Arbeitsplätze und Einrichtungen in den Unternehmen sicher und zweckmässig sind und keine Gesundheitsrisiken für die Beschäftigten bestehen. Aber auch Kontrollen zu psychosozialen Risiken wie dem Schutz vor Mobbing, sexueller Belästigung oder eben Ansteckung durch Viren am Arbeitsplatz fallen in ihren gesetzlichen Auftrag. Die Chefs müssen Auskunft geben und An-

weisungen befolgen. Tun sie dies nicht, drohen ihnen Strafen. Dennoch betreiben die Kantone Larifari und missachten so den Gesundheitsschutz der Arbeitenden. Nicht nur das. Sie foutieren sich auch um verbindliche Vorgaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Diese Uno-Institution mit Sitz in Genf schreibt einen minimalen Schlüssel vor: Gemäss Konvention Nr. 81, die auch die Schweiz unterschrieben hat, muss pro 10 000 Arbeitnehmende ein Arbeitsinspektor oder eine Arbeitsinspektorin vorhanden sein. «Das wird in den Kantonen grundsätzlich nicht erreicht», stellt Luca Cirigliano vom Gewerkschaftsbund fest.

SECO SCHAUT WEG

Die untenstehende Tabelle zeigt's klar (Daten aus dem Jahr 2018). Schweizweit fehlen 200 Vollzeitstellen. Einer der Gründe für diesen eklatanten

«Es ist absurd, wenn Branchen Schutzkonzepte erstellen, die kaum jemand kontrolliert.»

LUCA CIRIGLIANO, SGB

Missstand ist, wie könnte es anders sein, das Geld. Die Kantone müssen die Inspektorate zum allergrössten Teil selbst bezahlen. Dies im Gegensatz zur Suva. Deren Kontrolleure arbeiten auf Kosten des Bundes und der Arbeitgeber, die sie mit einem Prämienzuschlag finanzieren. So aber wird massiv geknausert. Schätzungen besagen, dass die Kantone für den Vollzug des Arbeitsgesetzes jährlich 21 bis 26 Millionen Franken ausgeben. Für den Vollzug des Unfallversicherungsgesetzes wendet die Suva hingegen jedes Jahr 120 Millionen Franken auf. Fünf Mal mehr! Dass dies «unausgewogen» sei, gibt sogar der Bundesrat zu. Vor allem, weil die Risiken für Berufsunfälle stetig abnehmen, während jene für arbeitsbedingte Erkrankungen deutlich zunehmen.

Die Inspektorate könnten finanziell mit einem Präventionszuschlag auf die IV-Beiträge der Arbeitgeber gestärkt werden. Dies sei auch wegen

der sinkenden Suva-Prämien gerechtfertigt, sagt Luca Cirigliano. «Die Politik sollte diesen Vorschlag aufnehmen, damit die Inspektorate endlich den ILO-Vorgaben gerecht werden», so der Rechtsexperte. Aber auch rein politische Gründe sind an der Misere schuld. Viele Behörden kuscheln vor dem Druck der Wirtschaft. Sie wissen, dass die Unternehmer am liebsten gar keine Kontrollen wollen, auch nicht beim Gesundheitsschutz. Das erklärt wohl auch die Passivität des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Das Bundesamt ist die Aufsichtsbehörde der Inspektorate. Es könnte schon morgen anordnen, dass alle Kantone gemäss den ILO-Vorgaben sofort aufrüsten müssen. Tut dies aber nicht. Lieber behält man die Glacéhandschuhe an und huldigt dem marktradikalen Credo, dass sich der Staat nicht in die Wirtschaft einmischen solle.

Doppelt wichtig wären starke, gut dotierte Arbeitsinspektorate gerade in Zeiten der Pandemie. Luca Cirigliano sagt: «Es ist ja absurd, wenn Branchen und Betriebe Schutzkonzepte gegen das Coronavirus erstellen, aber kaum jemand kontrolliert diese. Und wenn, dann kommt in gewissen Kantonen ein Laie wie ein Kantonspolizist.» Jetzt sollen die kantonalen Gewerkschaftsbünde aktiv werden. Mit einem Mustervorstoss werden sie in den Kantonen Druck gegen die teils krasse Unterbesetzung der Inspektorate machen.

CORONAKRISE

JURISTISCHE TAGUNG

Welche Lehren muss man aus der Coronakrise ziehen? Diese Frage steht im Zentrum der diesjährigen juristischen Tagung des Gewerkschaftsbunds. Renommierete Rechtsfachleute beleuchten Fragen zu den Sozialversicherungen und zum Arbeitsrecht. Von der Unia ist David Aeby von der Rechtsabteilung dabei. Die Tagung vom 17. Dezember findet wegen Corona online statt.

Anmeldungen unter www.sgb.ch/juristische-tagung

Wegen rechter Parteien:
Kein Mietzins-erlass für KMU

Die Coronakrise verläuft gesundheitspolitisch, ökonomisch und politisch rasant. Drei Beispiele.

CLEMENS STUDER

Am 2. Dezember (Redaktionschluss dieser Ausgabe) meldet das Bundesamt für Gesundheit (BAG) 4786 neue Coronafälle. 230 Menschen mussten ins Spital eingeliefert werden, 115 Menschen starben im Zusammenhang mit dem Virus. Es wurden 26 914 Tests gemacht, davon waren 17,8 Prozent positiv. Jede Positivitätsrate über 5 Prozent deutet im Prinzip darauf hin, dass das Virus in grossem Masse unerkannt in der Bevölkerung verbreitet ist.

NEUE MASSNAHMEN? Am Erscheinungstag dieser work-Ausgabe wird sich der Bundesrat mit neuen Massnahmen zur Pandemiebekämpfung beschäftigen. Der Plan hinter dem vom BAG ausgearbeiteten



WINTERSPORT: Die Vorschläge des Bundes passen den Bahnbetreibern nicht. FOTO: KEYSTONE

ten Vorschlag: die Fallzahlen in den kommenden drei Wochen bis Weihnachten kräftig herunterzubringen, damit für die Festtage ein bisschen lockereres Regime gelten kann. Unter anderem ist

Einzig die Schweiz will ihre Skigebiete offen halten.

vorgesehen: Bis zum 23. Dezember dürfen sich im privaten Rahmen zwar weiterhin bis zu 10 Personen treffen, allerdings nur noch aus maximal zwei Haushalten. Auch in Restaurants dürfen weiterhin 4 Leute an einem Tisch sitzen, aber ebenfalls nur aus zwei Haushalten. Und die Homeoffice-Empfehlung soll verbindlicher werden.

SKI-GSCHTÜRME: Deutschland, Frankreich und Italien haben ihre Skigebiete dichtgemacht. Österreich lässt zwar die Bahnen und Lifte fahren, Restaurants und Hotels sind aber geschlossen. Einzig die Schweiz will ihre Skigebiete offen halten. Mit starken Schutzkonzepten. Doch die Vorschläge des Bundes passen den Bahnbetreibern nicht. Sie schreien Zeter und Mordio. Wahrscheinlich, weil sie hoff(t)en, den Nachbarländern Gäste abzufragen. Doch daraus dürfte nichts werden. Denn unterdessen hat sogar Österreich für Wiedereinreisende eine Quarantänepflicht erlassen.

KMU IM REGEN: Wer sein Geschäft wegen der Pandemiebekämpfung schliessen musste, schuldet trotzdem den ganzen Mietzins. Nach einem monatelangen, himmeltraurigen Verzögerungsspiel hat die rechte Parlamentsmehrheit jetzt den Covid-Mietersatz definitiv versenkt. Vertreterinnen aus SVP, FDP, GLP und die Mehrheit der Mitte-Fraktion vertreten lieber die Interessen der Immobilienbesitzenden als jene der KMU, die sie sonst immer vertreten wollen. Hoffentlich erinnern sich die betroffenen Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden bei den nächsten Wahlen daran, wer sie unterstützen wollte: die SP und die Grünen.

KANTONE KNAUSERN BEI DEN KONTROLLEN

Kanton	Personen	Stellenprozentage	Arbeitnehmende im Kanton	Anzahl Arbeitnehmende auf eine Vollzeitstelle	Abweichen von ILO-Vorgaben in Stellenprozent
AG	10	840	296339	35278	2123
AI	1	30	6217	20723	32
AR	2	110	22265	20241	112
BE	16	1460	437653	29976	2917
BL	8	430	115433	26845	724
BS	8	680	78938	11609	109
FR	7	530	136520	25758	835
GE	22	1595	179743	11269	202
GL	2	100	16326	16326	63
GR	5	450	81124	18028	361
JU	3	240	27124	11487	35
LU	10	800	177514	22189	975
NE	10	800	69366	8671	keine Abweichung
NW	1	75	18010	24013	105
OW	2	160	16734	10459	7
SG	9	900	213292	23699	233
SH	3	150	66450	44300	516
SO	8	460	115876	25190	699
SZ	4	310	66450	21435	355
TG	6	200	115923	57961	959
TI	11	550	121200	22036	662
UR	1	70	15205	21721	82
VD	29	1500	318104	21207	1681
VS	9	520	137618	26465	856
ZG	5	245	54262	22148	298
ZH	29	2250	670198	29787	4452
Total	221	15455	3540573	22909	19951

QUELLE: SGB



WELTWEIT ERFOLGREICH: Laborant im Sars-Forschungsteam des Berner Impfstoffherstellers Berna Biotech, 2003. FOTO: KEYSTONE

Die Schweiz ist bei den Impfstoffen vom Ausland abhängig. Das war nicht immer so.

Berna Biotech AG war renommiert, doch dem Bundesrat nichts wert

Über 100 Jahre lang produzierte die Berna Biotech AG im bernischen Thörishaus weltweit gefragte Impfstoffe. Dann machte der Bundesrat 2005 einen schwerwiegenden Fehler.

JONAS KOMPOSCH

300 Millionen Franken bewilligte der Bundesrat letzten August, um damit Corona-Impfstoffe einzukaufen. Doch der internationale Wettlauf um die begehrten Dosen ist so heiss, dass die Landesregierung ihren Kredit am 11. November um weitere 100 Millionen aufstocken musste. Von dieser stolzen Summe kommt aber nur ein kleiner Teil dem Schweizer Forschungs- und Werkplatz zugute. Der Löwenanteil fliesst direkt an ausländische Firmen. Etwa an das US-amerikanische Biotech-Unternehmen Moderna (Kaufvertrag über 4,5 Millionen Impfdosen), den britischen Pharmakonzern AstraZeneca (Kaufvertrag über 5,3 Millionen Dosen) sowie an dessen US-amerikanische Konkurrentin Pfizer, die mit der deutschen Partnerin Biontech kurz vor dem Impfstoffdurchbruch scheint (Reservation von 3 Millionen Dosen). Warum aber deckt ausgerechnet die Pharmamanation Schweiz ihren Corona-Impfstoff-Bedarf über das Ausland?

ABHÄNGIGKEIT UND MANGEL

Ganz einfach, weil hier nichts zu holen ist. Roche lässt seit je weitgehend die Finger von der zeit- und kostenintensiven Impfstoffentwicklung, Tabletten pressen scheint rentabler. Und auch Novartis taxierte seine Impfstoffsparte 2014 als zu wenig profitabel und verscherbelte sie an die englische Konkurrentin GlaxoSmithKline. Seither forscht nur noch eine Handvoll einheimischer Kleinfirmen an Impfstoffen. Ein Zustand, vor dem die ehemalige SP-Nationalrätin Bea Heim schon vor Jahren warnte. Zuletzt 2018 in einer Motion an den Bundesrat. Heute sagt sie: «Bezüglich Impfstoffen sind wir über die gesamte Kette von der Forschung und Entwicklung über die Produktion bis zur Versorgung von ein paar wenigen Produktionsstandorten in Billiglohnländern abhängig.»

Dies hat Folgen: Hiesige Ärztinnen und Ärzte kämpfen seit Jahren mit einem Mangel an wichtigen Impfstoffen. Laut dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) sind zurzeit sieben Impfprodukte kaum oder gar nicht erhältlich. Und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) warnt, es komme «immer öfter» zu Lieferengpässen. Pikant dabei: Das war nicht immer so. Und noch pikanter: Das Problem, das die Bundesstellen klar benennen, hat nicht zuletzt ausgerechnet der Bundesrat ihnen eingebracht.

Die Landesregierung suchte nämlich 2005 eine Lieferantin von 100 000 Impfstoffdosen gegen die Vogelgrippe H5N1. Um diesen Auftrag bewarb sich auch die Berna Biotech AG aus Thörishaus BE. Sie war eine renommierte Impfstoffspezialistin, die aus dem 1898 gegründeten Schweizerischen Serum- und Impfstiftut Bern hervorgegangen war. Und die im Verlauf ihrer Geschichte bereits erfolgreich Impfstoffe gegen Pocken, Diphtherie, Cholera, Polio, Typhus, Hirnhautentzündung, Hepatitis B, die herkömmliche Grippe

«Bezüglich Impfstoffen sind wir von ein paar wenigen Standorten in Billiglohnländern abhängig.»

BEA HEIM, EHEMALIGE SP-NATIONALRÄTIN

und – eine Seltenheit – auch gegen die virale Lungenkrankheit Sars hergestellt hatte. Und zwar für Kundinnen und Kunden aus der ganzen Welt. Doch das Vogelgrippe-Angebot der heimischen Firma war besonders dem damaligen FDP-Gesundheitsminister Pascal Couchepin zu wenig attraktiv. Die Berna steckte nämlich in einer wirtschaftlich schwierigen Phase und hatte für eine Produktionsanlage um eine Investitionshilfe von 12 Millionen Franken gebeten. Zu viel, befand der Bundesrat und gab den Auftrag kurzerhand ins Ausland. Dazu SP-Politikerin Heim: «Damit liess der Bundesrat die angeschlagene Berna einfach im Regen stehen.»

VERPASSTE CHANCE

Und genau das wusste die ausländische Konkurrenz zu nutzen. Kurz nach dem bundesrätlichen Korb kaufte die holländische Firma Crucell die Berner Traditionsfirma, baute 60 von 410 Stellen ab und liess sich dann wiederum selbst schlucken. Seither gehören die Überbleibsel der Berna zwei US-amerikanischen Pharmakonzernen.

Das ärgert Susanne Leutenegger Oberholzer noch heute. Sie hatte sich als SP-Nationalrätin bereits früh um die gesamtwirtschaftlichen Folgen einer Pandemievorsorge gesorgt. Heute sagt sie: «Verglichen mit den Folgekosten der Pandemie, sind 12 Millionen ein Klacks!» Schon damals sei klar gewesen, dass der Bundesrat kurzfristig und volkswirtschaftlich unvernünftig gehandelt habe. Heute unterstreiche das die Pandemie schmerzlich. Von der verpassten Chance profitierten nun andere. Für die Ex-Nationalrätin ist daher klar: «Umso mehr braucht die Schweiz eine zielführende Strategie für die Impfvorsorge. Wichtig sind insbesondere staatliche Impulse für die Forschung an Hochschulen und Universitäten.» Und sie fügt an: «Soll mir niemand mit angeblich fehlendem Geld kommen! Die Nationalbankreserven sind prall und ermöglichen problemlos einen Forschungsfonds.»

Pocken, Typhus, Corona & Co.: Impf-Verschwörungsgläubige gibt es, seit es Impfstoffe gibt

Wer hat eigentlich das Impfen erfunden, Herr Condrau?

Während die Welt auf einen guten Corona-Impfstoff wartet, malen radikale Impfgegnerinnen und -gegner schon jetzt den Teufel an die Wand. Historisch gesehen sei das ganz normal, sagt der Zürcher Medizinhistoriker Flurin Condrau*.

JONAS KOMPOSCH

work: Impfen gehört zu den erfolgreichsten Erfindungen der modernen Medizin. Doch ausgerechnet in der Corona-Pandemie scheint die Impfgegnerschaft erstarkt. Ist das nicht paradox?



Flurin Condrau: Ich bin mir nicht sicher, ob die Impfgegnerschaft heute stärker ist als sonst. Sicher einfach ist gerade ein kommunikatives Feuer. Zum Beispiel in den sozialen Medien. Aber das sollten wir nicht überschätzen. Die Impfgegnerschaft ist nämlich so alt wie das Impfen selbst. Nehmen Sie zum Beispiel Jeremias Gotthelfs «Anne Bäbi Jowäger».

Der Heimatroman von 1843...

...ist fast schon eine Werbeschrift für die Pockenschutzimpfung! Und eine Auftragsarbeit des Kantons Bern gegen die Kurpfuscherei. Das Anne Bäbi hat ja einen Sohn, der an Pocken leidet, und sucht vergebens Hilfe bei allen erdenklichen «Kurpfuschern» und «Quacksalbern». Die Rettung kommt erst durch den heldenhaften Kampf eines Arztes zustande, der Anne Babis Sohn rettet. Heute würde man sagen: Der Kanton Bern hat mit Hilfe Gotthelfs sehr überzeugend den Wert der Pockenimpfung und der akademischen Medizin kommuniziert.

Die Impfkritik verhalte aber nicht.

Nein. Als zum Beispiel Bundesrat und Parlament 1882 nach den Choleraerwellen (1830–1867) erstmals ein Epidemiegesetz einführen wollten, war der Widerstand riesig. Denn das Gesetz beinhaltete den Zwang zur Pockenimpfung. Das Referendum wurde ergriffen. Und in der Volksabstimmung schickten sagenhafte 79 Prozent der Männer das Gesetz bachab. Doch nur vier Jahre später holte der Bundesrat dasselbe Gesetz noch einmal hervor, diesmal einfach ohne Impfwang: Es kam nicht einmal zu einem Referendum, das Gesetz trat in Kraft.

Wovor fürchteten sich die Impfgegner?

Einige Ärzte unter den Kritikern widersprachen den medizinischen Experten des Bundes. Denn diese plädierten für die Pockenschutzimpfung, die damals einzig bekannte Impfung. Doch ausgerechnet diese erste erfolgreiche Impfung basierte nicht auf wissenschaftlicher Forschung.

* **Flurin Condrau** (55) ist Professor für Medizingeschichte am Institut für Biomedizinische Ethik und Medizingeschichte der Universität Zürich. Bis 2011 lehrte er Zürcher mit Bündner Wurzeln an Universitäten in München, Sheffield und Manchester.

Sondern?

Auf Erfahrungswerten. Begonnen hatte in Westeuropa ja alles mit Lady Montagu, der Gemahlin des englischen Generalkonsuls in Konstantinopel, dem heutigen Istanbul. Dort wurde sie im Jahr 1717 Zeugin, wie die Einheimischen ihre Kinder absichtlich und kontrolliert den Pocken aussetzten.

Eine Art «Pocken-Party»?

Genau! Man half etwas nach, indem man den Kleinen die Arme ein wenig aufritzte und die Stellen mit dem Inhalt von Pockenpusteln kontaminierte. Die lokale Tradition hatte seit langem erkannt: Je früher ein Mensch die Pocken hat, desto weniger gefährlich sind sie für diesen.

Und diese Tradition brachte Lady Montagu nach England?

Es dauerte ein wenig, aber gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann sich dieses Wissen im britischen Königreich auszubreiten, aber, durchaus zeitgemäss, ohne wissenschaftliche Begleitung. Auch der eigentliche Impfpionier, Edward Jenner, war «bloss» ein Landarzt. Ihm fiel auf, dass Melkerinnen besonders selten an den echten Pocken erkrankten. Jenner vermutete, dies hinge mit den für Menschen harmlosen Kuhpocken zusammen. Und so begann er mit dem Sekret von Kuhpockenpusteln zu experimentieren – mit Erfolg. Von «vacca» (lateinisch für Kuh) stammt denn auch der Begriff «vaccination» (englisch für Impfung).

Quasi das Tier in dir...

Ja, wobei sich genau davor auch viele Menschen fürchteten. Es kursierten etwa Gerüchte, dass zu einem Hybridwesen mutiere, wer tierische Substanzen eingespritzt bekomme. Passend dazu gab es schrecklich geniale Illustrationen. Von Menschen mit Kuhköpfen etwa oder von infizierten Stieren, die Kinder fressen. Diese Angst gleicht jener, die heute beispielsweise in Japan offenbar in Bezug auf Transplantationen existiert.

«In Westeuropa begann alles mit der Lady Montagu.»

etwa oder von infizierten Stieren, die Kinder fressen. Diese Angst gleicht jener, die heute beispielsweise in Japan offenbar in Bezug auf Transplantationen existiert.

Es gab doch auch vernünftigere Impfkritik!

Durchaus. Im späten 19. Jahrhundert war die Impfkritik hauptsächlich eine soziale Kritik. In England lautete ein Slogan etwa: «Sanitation not Vaccination». Also «Hygiene statt Impfung». Man war der Meinung, dass eine bessere Gesundheitsversorgung für alle und hygienischere Wohn- und Arbeitsverhältnisse das Impfen überflüssig machen würden. Diese Haltung war nicht zuletzt auch in der Arbeiterbewegung stark. Offenbar ging es bei der damaligen Impfpflicht doch auch um das Wohl der bürgerlichen Oberschichten, die die Ungeimpften gerne einfach ins Gefängnis stecken wollten.

Heute ist Impfkritik nicht mehr Sozialkritik?

Die neuere Impfgegnerschaft gleicht eher einer Art «Bildungsopposition». Impfgegnerinnen und -gegner stammen oft aus einem urbanen, gutsituierten Milieu. Ihren Ursprung hat diese Entwicklung in der Kontroverse um die Impfung gegen Mumps, Masern und Röteln (MMR). Der englische Arzt Andrew Wakefield behauptete 1998, die MMR-



FREUDIGES ERLEBNIS, DAMALS: Pflegerinnen lassen sich im Kinderspital Zürich gegen Pocken impfen, 1955. FOTO: ULLSTEIN BILD

Impfung würde bei Kindern Autismus hervorrufen. Das wurde zwar schnell widerlegt, weil Wakefield offenbar mit den Daten geschummelt hat. Doch der Schaden war angerichtet, und das Gerücht der Schädlichkeit der MMR-Impfung hat sich leider gehalten. Denn gerade eine Impfpflicht für Kinder sehen sogenannte bildungsnahe Schichten oft kritisch.

Das ist doch ihr gutes Recht!

Sicher, nur sind sie im Fall von MMR halt einem Schwindler auf den Leim gegangen, der jetzt Berufsverbot hat. Aber grundsätzlich halte ich eine gewisse kritische Haltung gegenüber ärztlichen Empfehlungen und Gesundheitsinstitutionen ja

durchaus für nicht falsch. Es ist ja auch nicht so, dass unser Gesundheitswesen, übrigens das zweitbeste der Welt, keine Mängel hätte. Und es gibt ja auch immer wieder Skandale wie etwa jüngst um eine Chefärztin des Unispitals in Zürich, die viel Vertrauen gekostet haben. Und um einen alten Spruch der Impfgegner des 19. Jahrhunderts aufzunehmen: Ganz abgesehen von Impfpflichtungen ist es mit der öffentlichen Gesundheitspflege in der Schweiz und damit zusammenhängend mit Präventionsarbeit vergleichsweise schlecht bestellt. Kommt dazu, dass die im Parlament bestens vertretene Pharmaindustrie vor allem in Bezug auf die Preisbildung kaum reguliert wird. Mit Folgen zum Beispiel für die Me-

dikamentenpreise, die bei uns etwa doppelt so hoch sind wie in Deutschland.

A propos Deutschland: Warum waren ausgerechnet die Nazis derart impfskeptisch? Kaiser Wilhelm führte ja schon 1874 die Impfpflicht im Deutschen Reich ein. Und zwar aus militärischen Überlegungen. Man war der Meinung, der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 sei auch deshalb gewonnen worden, weil die deutsche Armee gegen Pocken geimpft war, die französische aber nicht. Daran knüpft die sozialdemokratisch geprägte Weimarer Republik 1918 nahtlos an. Sie hatte eine proaktive und positive Vision des Impfens als zentrales Element der

auch sonst stark aufgestellten Gesundheitsfürsorge. Die Nazis aber löckerten die Impfpolitik. Aus Abgrenzung zur Weimar Demokratie, aber vor allem, weil sie die grösste Gefahr für den «Volkskörper» in einer «rassistischen Kontamination» sahen. Dazu passt das Injizieren von «art-fremden» Stoffen schlecht. Zudem waren viele Nazis Anhänger der Naturheilkunde, die das Impfen grundsätzlich ablehnten. Andere hielten die Impfpflicht schlicht für eine bösartige jüdische Erfindung.

Sehen Sie diesbezüglich Parallelen zu den aktuellen Corona-Demos? Dort sind ja Slogans wie «Impfen macht frei» sehr populär. Der Erfolg der Corona-Leugner basiert wie jener des Nationalsozialismus wesentlich auf Verschwörungstheorien. Also auf der Schuldzuweisung gegen Personengruppen, die gar nicht verantwortlich sind. Wenn nun Corona-Leugnerinnen und gewisse Impfgegner sich «Judensterne» anheften, sich «wie Sophie Scholl im Widerstand» fühlen oder den Behörden «Nazi-Methoden» vorwerfen, dann meiner Meinung nach aus politischem Kalkül heraus.

Nämlich?

Um die Begriffe vollständig zu verwässern und so zu besetzen, dass sie nicht mehr gegen sie selbst verwendet werden können. Wenn man zum Beispiel Angela Merkel plötzlich als «Nazi» bezeichnen kann, spielt es keine Rolle mehr, dass die eigene «coronaskeptische» Gruppe tatsächlich mit

Rechtsextremen durchsetzt ist. Sicher ist die Corona-Leugnerschaft eine bunte Mischung aus verschiedenen gesellschaftlichen Spektren. Was diese Mischung aber eint, ist eine Krise des Vertrauens in die moderne Medizin. Übrigens eine Erscheinung, die in der Geschichte eher der Normalfall ist. Nicht die gegenwärtige Vertrauenskrise ist meiner Meinung nach besonders speziell, sondern die 1950er und 1960er Jahre, die goldene Ära der Medizin mit ihren vielen beeindruckenden Innovationen und einer Bevölkerung, die alles mitrout und kaum etwas in Frage stellte.

«Nazis hielten die Impfpflicht für eine bösartige jüdische Erfindung.»

setzt ist. Sicher ist die Corona-Leugnerschaft eine bunte Mischung aus verschiedenen gesellschaftlichen Spektren. Was diese Mischung aber eint, ist eine Krise des Vertrauens in die moderne Medizin. Übrigens eine Erscheinung, die in der Geschichte eher der Normalfall ist. Nicht die gegenwärtige Vertrauenskrise ist meiner Meinung nach besonders speziell, sondern die 1950er und 1960er Jahre, die goldene Ära der Medizin mit ihren vielen beeindruckenden Innovationen und einer Bevölkerung, die alles mitrout und kaum etwas in Frage stellte.

Wie kann die Medizin aus der Vertrauenskrise finden?

Eine gewisse Opposition gegen die Impfungen wird wohl immer bleiben. Ich finde das auch nicht grundsätzlich schlimm, ist es doch die Konsequenz unserer liberalen Gesellschaft. Doch grundsätzlich muss sich die Medizin besser erklären. Sie hat einen Kommunikationsauftrag. Die jetzige Impfskepsis ist teils auch eine Konsequenz von schlechter Vermittlung über Jahrzehnte. Ohne breit abgestützte politische Regulierung der Pharmaindustrie in der Schweiz wird es ebenfalls schwierig: Auch hierzulande wollen viele Menschen wissen, wer womit wie viel verdient! Das ist einfach auch eine Frage der Transparenz. Vielleicht wird es auch Zeit, dass in der Schweiz grundsätzlich über Gesundheitspolitik diskutiert wird. Im Moment ist alles dermassen kompliziert, dass sich eigentlich niemand so richtig damit befassen will. Das kann in einer Demokratie auf Dauer nicht wirklich gut gehen.

<p>Der erste Impfstoff überhaupt: der Pocken-Impfstoff</p> <p>1796</p> <p>Pocken-Viren</p>	<p>Pocken-Epidemie mit 15 000 Toten in der Schweiz</p> <p>1870/71</p> <p>Cholera-Bakterien</p>	<p>Erster Typhus-Impfstoff</p> <p>1884</p> <p>Typhus-Bakterien</p>	<p>Erster Tollwut-Impfstoff, erster Cholera-Impfstoff</p> <p>1896</p> <p>Diphtherie-Bakterien</p>	<p>Spanische Grippe mit 25 000 Toten in der Schweiz</p> <p>1918/19</p> <p>Polio-Viren</p>	<p>Erster Diphtherie-Impfstoff</p> <p>1936</p> <p>Polio-Viren</p>	<p>Erster Grippe-Impfstoff in der Schweiz</p> <p>1942</p> <p>Polio-Viren</p>	<p>Erster Impfstoff gegen Kinderlähmung (Polio-myelitis)</p> <p>1955</p> <p>Polio-Viren</p>	<p>Pocken in der Schweiz ausgerottet, letzte Typhus-Epidemie in der Schweiz</p> <p>1963</p> <p>Polio-Viren</p>	<p>Tollwut-Viren</p> <p>ab 1978</p> <p>Tollwut-Viren</p>	<p>Letzter Fall von Kinderlähmung in der Schweiz</p> <p>1982</p> <p>Polio-Viren</p>	<p>Letzter Typhus-Toter in der Schweiz</p> <p>1983</p> <p>Polio-Viren</p>	<p>Letzter Typhus-Toter in der Schweiz</p> <p>1987</p> <p>Polio-Viren</p>	<p>Langohrflodermas</p> <p>1998</p> <p>Tollwut-Viren</p>
--	--	--	---	---	---	--	---	--	--	---	---	---	--

Geschenke: Die Tipps der work-Redaktion

Frohe Weihnachten!



Aroma der Rebellion

Wer zu Weihnachten keinen überflüssigen Plunder schenken will, sollte das Schöne mit dem Nützlichen verbinden. Zum Beispiel mit Kaffee – dem Schweizer Lieblingsgetränk. Über 1000 Tassen gönnen wir uns jährlich. Und belegen damit Platz 3 in der globalen Konsumrangliste! Davon am meisten profitieren Grosskonzerne. Das muss nicht sein.

Denn mit Café Rebel Día gibt es eine biologische Alternative, die in Geschmack und sozialer Verantwortung unschlagbar ist. Angebaut wird diese feine Arabica-Sorte nämlich von autonomen Kleinbauern-Kooperativen in Südmexiko. Seit ihrem Aufstand von 1994 sind sie das Rückgrat des indigenen Widerstands gegen den neoliberalen Ausverkauf ihres Landes. Und lebende Beispiele für eine solidarisch-nachhaltige Wirtschaft. Wer Rebel Día trinkt, unterstützt ihre soziale Bewegung direkt.

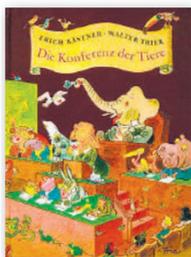
JONAS KOMPOSCH

Café Rebel Día, 1 Kilo Bio-Bohnen zu Fr. 27.– (davon Fr. 3.50 Solidaritätsbeitrag), www.chiapas.ch.

Tierisch gut

«O diese Menschen», ruft der Löwe Alois eins ums andere Mal, «wenn ich nicht so blond wäre, müsste ich mich auf der Stelle schwarzärzern!» Damit ist er nicht alleine: Die ganze Tierwelt empört sich über die Menschheit, die ständig Kriege führt und den Planeten Erde in Schutt und Asche legt. «Mir tun bloss die Kinder leid», ergänzt Oskar, der Elefant. Und so beschliessen die Tiere an einer eigenen Weltkonferenz, die Generäle und Staatschefs Mores zu lehren. Wie ideenreich und entschlossen sie das tun, erzählt Erich Kästner im Bilderbuch «Die Konferenz der Tiere» höchst unterhaltsam, und die Illustrationen von Walter Trier begleiten die Geschichte mit eigenem Schalk. Ein Märchen von 1949 – ein Lesevergnügen bis heute und (leider) topaktuell.

MARTIN JAKOB



Erich Kästner, Walter Trier: **Die Konferenz der Tiere**, Atrium-Verlag AG, ca. Fr. 21.90.

Der Grill-Klassiker

Genug vom Stubenhocken? Dann gibt's was, das trotz Corona möglich ist: Wandern! Was dabei nicht fehlen darf:



ein Feuerchen mit Bräteln. Am besten mit dem Brändi-Grill. Dieser sich fast federleicht und kompakte Outdoorgrill lässt sich fast federleicht im Rucksack mittragen und garantiert ein Grillvergnügen, wo auch immer die Wanderung hinführt. Er ist komplett zerlegbar, robust und stufenlos verstellbar. Und mit dem Kauf unterstützen Sie auch eine gute Sache: Entwickelt hat den Grill die Stiftung Brändi, welche die berufliche, gesellschaftliche und kulturelle Integration von Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung fördert.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

www.braendi-shop.ch, Fr. 49.90.

Schöner und besser als Plasticfolie

Diese farbenfrohen Bienenwachstücher schaffen die Frischhaltefolie ab. Das sorgt nicht nur für weniger Plasticabfall in der Küche, die Teile sind auch sehr praktisch. Weil sie etwas steif (aber nicht brüchig) sind, lässt sich mit ihnen prima angeschnittenes Gemüse einpacken, ein Znüni-brot einwickeln oder eine Schüssel abdecken. Sie haften gut, weil sie ganz leicht klebrig sind – und trotzdem bleibt das Wachs am Tuch und landet nicht auf den Fingern oder dem Essen. Nach Gebrauch lassen sich die Tücher mit kaltem Wasser abspülen und x-mal wiederverwenden. CHRISTIAN EGG



Zum Beispiel auf www.anyworkingmom.ch: Set mit drei Tüchern in verschiedenen Grössen, Fr. 28.–.



Mehr Geschmack mit Yotam Ottolenghi

Ottolenghi unbekannt? Dann wird's höchste Zeit, den Kultkoch aus Nahost kennenzulernen. Soeben ist sein neuestes Kochbuch erschienen (sein fünftes):

«Flavour». Alles dreht sich darum, Gemüse noch schmackhafter zu machen. Durch raffiniertes Rösten und Garen oder durch die Beigabe überraschender Zutaten und Gewürze.

Steckrübensteaks mit Currykruste, in Chilibutter gerösteter Blumenkohl oder bunter Mangold mit Oliven – das sind einige von Ottolenghis neuen Kreationen. Viele davon benötigen nur wenig Aufwand. Ungewöhnlich für den Küchenzauberer, der einem sonst nicht wenig Zeit fürs Rüsten der vielen Zutaten abverlangt. Doch auch bei «Flavour» gilt: Wer mit Ottolenghi auf Geschmackstreibe geht, bereut es nie. Heraus kommt stets Unvergessliches. Gerade richtig, um pandemische Festtage zu überstehen. RALPH HUG

Yotam Ottolenghi: **Flavour. Mehr Gemüse, mehr Geschmack**. Verlag DK, München 2020, ca. Fr. 44.–.



Hindernislauf ins Bundeshaus

Gesellschaftsspiele sind DIE Rettung vor pandemiebedingter Langeweile. Und gerade wenn die grossen Weihnachtsfeste und Silvesterparties ausfallen, gibt es nichts Besseres, seine Liebsten (und sich selbst) mit einem Spieleabend zu beschenken. Der Schweizer Verlag Hier und Jetzt hat etwas ganz Besonderes auf Lager: das Leiterlienspiel «Ab ins Bundeshaus», das – pünktlich zum 50. Jubiläum – den langen Weg zum Schweizer Frauenstimmrecht wiederaufleben lässt. Dabei müssen die Spielfiguren (alles Frauen natürlich!) ganze 100 Felder voller Fallen und Hürden überwinden und sich über die Leiterli immer weiter nach oben hangeln. Taktisch gewieft. Genauso, wie es die



Schweizerinnen machen mussten, um «ihre» Männer dazu zu bringen, das Frauenstimm- und -wahlrecht endlich einzuführen. Geklappt hat das erst nach vielen, vielen Anläufen. Nehmen Sie es also sportlich, sollten Sie kurz vor Bundeshaus noch einmal viele Felder retourgehen müssen. Schliesslich haben die Schweizerinnen über 100 Jahre gekämpft, bis sie dort waren. So lange werden Sie ganz bestimmt nicht brauchen. PATRICIA D'INCAU

Isabel Koellreuter, Anne Kriesemer, Franziska Schürch: **Ab ins Bundeshaus**. 50 Jahre Frauenstimmrecht: Das Schweizer Leiterlienspiel. Verlag Hier und Jetzt, Fr. 39.90.

Winterzeit ist Netflix-Zeit



Traditionellerweise ist Winterzeit Kinozeit. Insbesondere auch Familien-Kinozeit. Doch was heisst in diesem Corona-Jahr schon Tradition? Da kann ein sogenannter Streaming-

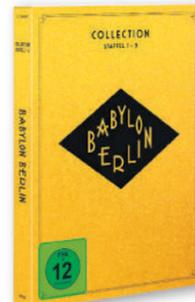
dienst eine gute Alternative sein. Zum Beispiel der Platzhirsch Netflix. Die US-Firma hat sich von der Videokassetten-Verleiherin zur Produzentin von oscarprämiierten Produktionen entwickelt. Das Angebot ist riesig und breit – von Blutvergiessen über Politintrigen bis hin zum Herzschmerz-Happy-End. Praktisch: Netflix hat eine eigene, «eingezäunte» Abteilung nur für Kinder. Es können unterschiedliche Abos gebucht werden, die sich vor allem darin unterscheiden, wie viele Geräte gleichzeitig auf den Dienst zugreifen können. Ein Geschenk also für die gesamte Familie. Und übrigens: Familie kann bei Netflix definiert werden, wie es gefällt. CLEMENS STUDER

www.netflix.com, Fr. 11.90 bis Fr. 21.90 pro Monat.

Drogen, Sex und Korruption

Berlin, 1929: In einem Nachtclub tanzt eine Menschenmenge wie besessen zum ekstatisch-düsteren Chanson der androgynen Sängerin Severija: «Zu Asche, zu Staub... doch noch nicht jetzt...» Mit dem Titelsong der einzigartigen deutschen Fernsehserie «Babylon Berlin» tauchen die Zuschauer unmittelbar ein ins wilde Berlin der «goldenen Zwanziger», erleben einen rasenden Tanz auf dem Vulkan, überschattet von der nahenden Krise und dem fatalen

Zusammenbruch der Weimarer Republik. Der Kommissar und Kriegsveteran Gereon Rath soll einen Erpressungsfall aufklären und gerät in einen Strudel aus Drogen, Sex, Korruption, Verbrechen und politischer Gewalt. Die bildgewaltige Inszenierung einer legendären Epoche am Vorabend der Krise passt perfekt in die Pandemie-Krise von heute. NINA SEILER



Babylon Berlin. DVD Collection, Staffeln 1–3, Fr. 42.–.

50 Jahre Frauenstimmrecht (7): Rosa Bloch (1880–1922)

Die Kompromisslose

Die grosse work-Serie mit Historikerin Dore Heim



Ihr Name war Programm: Rosa! Rosa wie die deutsche Revolutionärin Rosa Luxemburg. Diese war für Rosa Bloch-Bollag ein wichtiges Vorbild. Rosa Bloch kommt 1880 in Zürich in einer verarmten Kaufmannsfamilie zur Welt. Ihr Jurastudium muss sie abbrechen und wird erst Verkäuferin, dann Schmuckhändlerin, was ihr in den ersten Parteijahren den despektierlichen Spitznamen «Brillanten-Rosa» einträgt.

Mit nicht ganz 42 Jahren stirbt sie 1922 an einer missratenen Kropfoperation. Ihr Mann Siegfried Bloch glaubt an ein Komplott. Der Nachruf im Zürcher «Volksrecht» liest sich ambivalent: «Sie hat mit ihrer ungestümen Art die leidenschaftlichsten Gegenangriffe provoziert.»

BLOCH ORGANISIERT DIE FRAUEN

Die Rechte der Frauen und die Lage der Arbeiterinnen sind der Antrieb dieser rastlosen, überaus begabten Organisatorin und Publizistin. Rosa Bloch-Bollag verantwortet «Die Vorkämpferin», eine Zeitung der Arbeiterinnenbewegung. Sie nimmt als einzige Frau 1918 Einsitz im neu gegründeten Oltener Aktionskomitee zur Vorbereitung des Generalstreiks. Ihr ist es zu verdanken, dass das Frauenstimm- und -wahlrecht im Programm des Komitees an zweiter Stelle steht. Nach wenigen Wochen tritt sie aber zugunsten des linksradikalen Fritz Platten aus dem Komitee wieder aus.

Die Bewegung auf der Strasse wird das Wirkungsfeld von Rosa Bloch. Die Arbeiter hocken im Wirtshaus. Ihr Fluchtpunkt vor der häuslichen Misere und der Ort, wo Politik gemacht wird. Den Frauen ist der Zutritt zu dieser Männerbastion verwehrt, schnell haben die, die dort verkehren, den Ruf weg, Prostituierte zu sein. Also treffen sich die Frauen in den Arbeiterinnenvereinen. Diese werden zum trei-

Rosa Bloch hält als erste Frau im Zürcher Rathaus eine kämpferische Rede gegen Ausbeutung und Wucher.

benden Motor der Revolutionsbewegung, masslos unterschätzt von den Männergenossen. Allen Frauen voran organisiert Bloch den Widerstand gegen Mietwucher, Preistreiber und das Nichtstun der Regierung. Während die Arbeiter in der Beiz saufen und lärmern und revolutionäre Reden schwingen, planen und organisieren die Frauen in disziplinierten Sitzungen den Aufruhr.

FRISCHE OBERARM-QUETSCHUNGEN

Der Kriegsausbruch im Sommer 1914 trifft die Schweiz schlecht vorbereitet: Es fehlt an Grundnahrungsmitteln, der Getreidevorrat ist bereits nach kurzer Zeit aufgebraucht. Die Not in den Arbeiterhaushalten wächst mit jeder Woche. Die Löhne der Männer fehlen. Sie stehen im Aktivdienst an den Grenzen. Die kärglichen Zuverdienste der Arbeiterfrauen reichen nicht aus, um die Mieten zu bezahlen und die Kinder zu versorgen. Hunger und Elend machen sich breit.

Da nehmen die Arbeiterinnen das Heft in die Hand: Ab Juni 1916 gehen sie auf die Wochenmärkte und fordern die Bauern und Gemüsehändler auf, ihre übersetzten Preise zu senken. Kommen diese ihnen nicht entgegen, werden die Körbe ausgeleert, und die Frauen bedienen sich selbst. In Zürich verursacht der Streit von Rosa Bloch mit einer Händlerin einen Auflauf und ruft einen Polizisten auf den Plan. Dieser versucht handgreiflich, Rosa zu verhaften. Vergeblich, denn die Zuschauenden solidarisieren sich mit ihr. Sie beschwert sich noch gleichentags beim zuständigen Polizeivorsteher wegen «acht frischer Quetschungen am linken Oberarm».

Nun mischen sich auch die bürgerlichen Frauenorganisationen ein. Sie unterstützen die Forderungen der Arbeiterinnen nach einer Preissenkung und staatlicher Kontrolle der Lebensmittel. Denn immer mehr Menschen sind auf die Essensausbeute in den Volksküchen angewiesen. Nur der Bundesrat begreift es nicht: Im April 1918 beschliesst er eine weitere Erhöhung des Milchpreises.

Im Juni 1918 ist ein Sechstel der schweizerischen Bevölkerung notstandsberechtigt, hat also Anspruch auf verbilligte Lebensmittel und Brennholz. Erneut gehen die Frauen auf die Strasse. Über tausend versammeln sich in strömendem Regen am 10. Juni in Zürich. Unter Anführung von Rosa Bloch marschieren sie zum Rathaus und fordern eine Anhörung durch das Kantonsparlament. Zähneknirschend wird der Delegation Einlass gewährt, aber erst zu einem Termin eine Woche später. Vermutlich hofft man auf eine Abkühlung der «hysterischen Weiber». Aber da haben die Politiker nicht mit Rosa Bloch gerechnet. Diese hält als erste Frau im Zürcher Rathaus eine kämpferische Rede gegen Ausbeutung und Wucher. Ein unerhörtes Ereignis, über das in der ganzen Schweiz berichtet wird.

LICHT AUS DEM OSTEN

Nach dem abgebrochenen Generalstreik ist die Versorgung weiterhin nicht gut. Rosa Bloch macht erneut Druck mit anderen Frauen. Sie marschieren Anfang 1919 zur Zürcher Kantonsregierung und wollen ihre Forderungen überreichen. Aber die Stimmung hat gedreht, «der Bloch» wird das Reden verboten, die Forderungen unfreudlich zurückgewiesen.

Die Frauen werden auch in der Sozialdemokratischen Partei immer wieder übergangen. Die roten Patriarchen klammern sich an ihre Posten und Ämter und wollen die Frauen auch dort nicht ranlassen, wo sie mitmachen dürften, trotz fehlendem Stimm- und Wahlrecht: in den Genossenschaften, in Vereinen und in kantonalen Schul- und Armenbehörden. Und bei den ersten kantonalen Abstimmungen zum Frauenstimm- und -wahlrecht zeigt sich: auch die Genossen wollen es nicht!

Blochs Zeitung «Die Vorkämpferin» wird eingestellt. Es kommt zu einer Parteisplaltung. Im März 1921 trennt sich der linke Flügel von der Sozialdemokratie und gründet die Kommunistische Partei der Schweiz. Rosa Bloch setzt darauf, dass «das Licht aus dem Osten kommt». Nur ein Jahr später weiss sie allerdings schon, dass die Gleichberechtigung der Frauen auch in ihrer neuen Partei nur zweitrangig ist. Dann stirbt sie, viel zu früh.

work-Serie: Stimmrechtsfrauen



FOTO: NICOLAS ZONWI

Am 7. Februar 2021 wird das nationale Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der Schweiz 50-jährig. Bis dann wird Gewerkschafterin und Historikerin **Dore Heim** die unerschrockensten und wichtigsten «Frauenrechtlerinnen» in einer work-Serie porträtieren. Bisher gewürdigt wurden: Katharina Zenhäusern, die als erste Schweizerin abstimmen ging. Iris von Roten, eine der radikalsten Denkerinnen der Sache der Frauen. Emilie Lieberherr, «Animal politique» wie keine andere Politikerin in der Schweiz. Josi Meier, die CVP-Politikerin, die sich eine eigene Meinung leistete. Und Martina Hälg-Stamm, die Pionierin in Mostindien. Und Dora Schmidt, die erste Bundesbeamtin der Schweiz.

Alle Teile der Serie gibt es hier: www.rebrand.ly/frauenstimmen

UNGESTÜM UND PROVOKATIV: Während die Arbeiter in der Beiz saufen und revolutionäre Reden schwingen, planen und organisieren die Frauen den Aufruhr, angeführt von Rosa Bloch. Nach ihrer legendären Rede als erste Frau vor dem Zürcher Kantonsrat beim Verlassen des Rathauses, am 17. Juni 1918 (Bild unten). FOTOS: SOZIALARCHIV





Das offene Ohr

Philip Thomas
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Unfall: Bekomme ich Taggelder für beide Arbeitsstellen?

Ich bin Haushaltshelferin und arbeite schon seit vielen Jahren für zwei verschiedene Arbeitgeber. Bei einem Spitexverein habe ich ein Arbeitspensum von fünfzehn Stunden pro Woche. Zusätzlich arbeite ich noch in einem Privathaushalt, und dies jeweils vier Stunden in der Woche. Am letzten Donnerstag hatte ich einen Unfall: Ich bin mit dem Fahrrad gestürzt und habe mir die Schulter ausgerenkt. Bis Ende Juni hat mich meine Ärztin vollständig arbeitsunfähig geschrieben. Bekomme ich von der Unfallversicherung Lohnersatz?

PHILIP THOMAS: Ja. Alle Arbeitnehmenden sind in der Schweiz obligatorisch gegen Unfälle versichert. Abgedeckt sind Berufsunfälle, Nichtberufsunfälle und Berufskrankheiten. Aber: Für Teil-



AUTSCH! Alle Arbeitnehmenden sind obligatorisch gegen Unfälle versichert, wenn sie mindestens acht Stunden bei einer Firma arbeiten. FOTO: SUVA

zeitbeschäftigte sind Nichtberufsunfälle nur dann obligatorisch versichert, wenn die wöchentliche Arbeitszeit mindestens acht Stunden beträgt und wenn sie diese acht Stunden beim gleichen Arbeitgeber arbeiten. Unfälle auf dem Arbeitsweg sind aber in jedem Fall von der obligatorischen Unfallversicherung abgedeckt. Da Sie beim Spitexverein für fünfzehn Wochenstunden angestellt sind, erhalten Sie für Ihren Unfall mit dem Velo die gesetzlichen Versicherungsleistungen. Ob sich der Unfall auf dem Arbeitsweg oder bei einem Ausflug ereignet hat, spielt keine Rolle. Die Unfallversicherung des Spitexvereins ist leistungspflichtig. Sie bezahlt Ihnen ein Taggeld von 80 Prozent des versicherten Verdienstes. Für die Berechnung des Taggeldes werden Ihre beiden Arbeitseinkommen zusammengezählt.

Neuer Job: Muss ich Ferien vorbeziehen?

Im November habe ich einen neuen Job begonnen. Die Firma hat mir bereits mitgeteilt, dass während Weihnachten und Neujahr Betriebsferien seien. Mein Ferienanspruch für dieses Jahr reicht aber für diese Zeit nicht aus. Mein neuer Chef sagt mir, dass ich die fehlenden Tage vom Ferienanspruch für nächstes Jahr beziehen müsse. Darf er das?

PHILIP THOMAS: Nein. Zwar kann die Firma den Zeitpunkt der Ferien bestimmen, wobei sie die Wünsche der Arbeitnehmenden zu berücksichtigen hat, soweit dies möglich ist. Ihr Chef darf Sie jedoch nicht zwingen, Ferien zu nehmen, wenn Sie noch gar keinen Anspruch auf Ferien haben, auch nicht während der Betriebsferien. Wenn sich eine neue Mitarbeiterin oder ein neuer Mitarbeiter weigert, Ferien vorzubeziehen, so ist es die Pflicht der Firma, diese Person während der Betriebsferien zu beschäftigen. Es bestünde auch die Möglichkeit, die Person an eine andere Firma weiterzuvermitteln, wenn die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter einwilligt. Allerdings nur dann, wenn die Tätigkeit im anderen Betrieb zumutbar ist.

Weihnachten 2020: So gelingt das Fest trotz Corona

Gemeinsam feiern? Noch so

Das Coronavirus macht keine Weihnachtsferien. Wie feiern wir also risikoarm? work hat die wichtigsten Tipps des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und von anderen Sachverständigen für Sie zusammengetragen.

MARTIN JAKOB

Sorry, dass wir Ihnen jetzt auch noch in Sachen Weihnachtsfest mit Corona kommen. Aber es ist nun mal so, dass sich dieses Jahr zwei Dinge in die Quere geraten: Hier der Wunsch, das traditionelle Weihnachtsfest im Kreise seiner Lieben zu feiern, sich fröhlich und innig nahe zu sein. Und dort dieses Virus, das sich von Mensch zu Mensch überträgt, sobald sich eine infizierte und eine nichtinfizierte Person zu nahe kommen.

Deshalb will der Bund auch über Weihnachten und den Jahreswechsel vom geltenden Regime nicht abrücken: Versammlungen im Freundes- und Familienkreis sind nur bis zu 10 Personen gestattet – Kinder inbegriffen. Ebenso bleiben die dringlichen Empfehlungen unverändert: Handhygiene beachten, Abstand halten und Maske tragen, falls der Abstand (1,5 Meter) nicht eingehalten werden kann.

DIE FEIER PLANEN

Falls Sie in normalen Jahren Weihnachten im Kreis von mehr als 10 Personen feiern, sollten Sie sich für dieses Jahr überlegen, wie Sie sich organisieren wollen. Warum nicht zweimal feiern, dafür im kleineren Kreis? Denken Sie ausserdem daran:

- Falls besonders gefährdete Personen unter den Gästen sind: Wie schützen Sie sie?
- Wie halten Sie es mit Begrüssungsritualen? Die üblichen Um-

Verzichten Sie auf Buffets. Ideal ist Tellerservice.

armungen, Küsschen und sogar Handschläge sind gerade nicht so günstig. Am besten klären Sie die Umgangsformen untereinander schon vor dem Fest. Wie man sich «coronakonform» umarmt, macht

übrigens die Zürcher Waidspital-Ärztin Claudia Twerenbold in einem Kurzvideo vor: rebrand.ly/umarmen.

BLOSS KEINE STOSSZEITEN

Weihnachten ist ein hohes Fest – und die Materialschlacht des Jahres. Lebensmittel und Geschenke werden in grossen Mengen herangeschafft, und für manche Menschen gehört das vorweihnachtliche Gschtürm in den Läden sogar zu den adventlichen Ritualen: Bald, bald ist es so weit! Doch dieses Jahr empfiehlt es sich, Gedränge zu vermeiden:

- Schreiben Sie Einkaufslisten und überlegen Sie, was Sie in welchen Läden finden. So können Sie Ihre Shoppingtour kurz halten.
- Kaufen Sie Geschenke und lagerfähige Lebensmittel frühzeitig ein, so dass Sie kurz vor den Festtagen nur noch Frischprodukte besorgen müssen.
- Meiden Sie Stosszeiten.

HYGIENISCHE GASTLICHKEIT

Werden Sie selber Gastgeberin sein? Dann sollten Sie die Risiken für Ihre Gäste klein halten:

- Stellen Sie Desinfektionsmittel bereit.
- Statten Sie die Toilette mit Flüssigseife, Papierhandtüchern und schliessbarem Abfalleimer aus.
- Achten Sie auf möglichst grosse Sitzabstände.
- Kochen und servieren Sie «coronagerecht» (siehe unter «Das richtige Menu»).
- Lüften Sie während des Fests regelmässig. Das BAG rät, die Fenster alle ein bis zwei Stunden für fünf bis zehn Minuten zu öffnen.
- Besorgen Sie das Putzen nach dem Fest zu Ihrem eigenen Schutz besonders gründlich – vor allem Türgriffe und anderes, was häufig angefasst wurde.

IHR VERHALTEN ALS GAST

Sind Sie zur Weihnachtsfeier eingeladen? Schön für Sie, aber ver-



WORKTIPP

DIE RATSCHLÄGE VOM BUND

Alle Festtagstipps des Bundesamts für Gesundheit (BAG) im Zusammenhang mit dem Coronavirus finden Sie hier: rebrand.ly/festtagstipps.

SCHMUCKER SCHUTZ: Warum nicht mit Maske

gessen Sie nicht, was jetzt die wichtigsten Gästepflichten sind:

- Melden Sie sich auf jeden Fall ab, wenn Sie selber Symptome haben oder in Quarantäne geschickt worden sind. Mit Ihnen eingeladene enge Angehörige sollten ebenfalls nicht ans Fest.
- Respektieren Sie die Hygieneregeln, die Ihre Gastgeberin für den Anlass festgelegt hat.

DAS RICHTIGE MENU

Ausgiebig zu tafeln ist guter Schweizer Festtagsbrauch. Aber

nicht jedes typische Weihnachtsmenu eignet sich dieses Jahr gleich gut:

- Verzichten Sie auf Buffets. Ideal ist, den Hauptgang im Tellerservice aufzutragen.
- Apéro-Häppchen in mehreren Schalen reichen und auf Dips ganz verzichten – ausser, jeder Gast erhält sein eigenes Saucenschälchen.
- Muss es ein Fondue chinoise, ein Käsefondue oder eine Raclette sein? Dass sich das Virus über den gemeinsam genutzten Inhalt des Caquelons verbreiten kann, gilt als höchst unwahrscheinlich. Die



HAUPTSACHE, HÖLZIG: Der mehrmals verwendbare Do-it-yourself-Christbaum ist eine umweltfreundliche Alternative zur jährlich frisch gefällten Tanne. FOTO: ISTOCK

O Tannenbaum, wie steht es um Ein Bäumchen für

Sie feiern Weihnachten gern mit einem Bäumchen? Und möchten dabei umweltschonend handeln? Hier die work-Entscheidungshilfen.

MARTIN JAKOB

EINHEIMISCH STATT IMPORTIERT: JA!

Zwei von drei in der Schweiz verkauften Weihnachtsbäumen sind Nordmantannen. Die sind zwar schön im Wuchs und nadeln kaum, sind aber teuer und vor allem meistens aus Nord- oder Osteuropa importiert, wo sie oft unter üppigen Düngemittel- und Pestizidbeigaben heranwachsen und bis zum Transport in stromfressenden Kühllhäusern gelagert werden. Der weite Transportweg in die Schweiz kostet weitere Ökopunkte. Besser also auf

Gewächse aus einheimischen Forsten setzen, denn in Schweizer Wäldern ist der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden generell verboten. Sind Schweizer Nordmantannen nicht erhältlich, darf es auch eine Rottanne sein (riecht gut, nadeln aber schnell), eine Blaufichte (hübsch, aber stacheliges Nadelkleid), eine Weissstanne oder Korktanne.

Am besten kaufen Sie Ihr Christbäumchen bei einem nahe gelegenen Anbieter, um die Transportwege kurz zu halten. Bei der IG Suisse Christbaum finden Sie eine Liste der Schweizer Christbaumproduzenten (rebrand.ly/igsuisse).

MIETEN STATT KAUFEN: JEIN. Ein schöner Gedanke: Wer einen Baum mietet, tötet ihn nicht,

gern, aber ...



FESTTAGS-BLUES

HIER GIBT'S HILFE

Falls es Sie trifft, ausgerechnet die Festtage in Isolation oder Quarantäne verbringen zu müssen, oder wenn Sie an Weihnachten aus anderen Gründen alleine sind, ist das doppelt hart. Weil ungewollte Einsamkeit nie lustig ist und weil sie noch mehr schmerzt im Wissen, dass gleichzeitig die andern schöne Stunden zusammen verbringen.

AKTIV WERDEN. Doch was hilft Selbstmitleid? Haben Sie Familienangehörige und Freunde, mit denen Sie am Telefon oder online ein gutes Gespräch führen können? Scheuen Sie sich nicht, diese Kontakte jetzt zu nutzen. Und wenn Sie gerade niemanden erreichen, finden Sie an den folgenden Stellen Zuhörerinnen und Zuhörer für ein unterstützendes Gespräch:

- Die Dargebotene Hand. Telefonische Beratung unter Telefon 143 (auch per E-Mail oder Chat), www.143.ch.
- Pro mente sana. Telefonische Beratung unter 0848 800 858, psychosoziale Beratung während 6 Stunden von Montag bis Freitag, www.promentesana.ch.
- Pro Juventute. Beratung für Kinder und Jugendliche, unter Telefon 147 (auch per E-Mail oder Chat), www.147.ch.

Zusammen mit zahlreichen Verbänden hat das BAG ausserdem eine Plattform für psychische Gesundheit rund um das Coronavirus aufgeschaltet. Mit vielen Tipps und Hilfestellungen zu Themen wie Isolation und Einsamkeit, Familie und Finanzen.

www.dureschnufe.ch

Gefahr geht eher von den Saucen und Beilagen aus, die von Gast zu Gast weitergereicht werden. Vorsichtsmassnahmen: mehrere Caquelons einsetzen, zum Fondue jedem Gast zwei Gabeln tischen – eine fürs Tunken, eine fürs Essen – und für die Beilagen und Saucen jedem ein eigenes Schälchen vorbereiten.

BESINNLICH OHNE SINGEN

Vor oder nach dem Essen, vor oder nach der Bescherung ist es vielerorts Brauch, sich der Besinnlichkeit zuzuwenden. Zum Beispiel liest jemand die Weihnachts-

geschichte, darauf folgen – üblicherweise – Weihnachtslieder.

● Verzichten Sie dieses Jahr aufs Singen und aufs Spielen von Blasinstrumenten. Für einmal darf es Weihnachtsmusik vom Tonträger sein.

● Tipp: Nehmen Sie Gesang oder Blockflötenspiel der Kinder vor dem Fest auf. So ist die an der Weihnacht gespielte Musik trotzdem hausgemacht.

● Sie können das Singen auch nach draussen verlegen. Damit machen Sie vielleicht sogar einem einsamen Nachbarn eine kleine Freude!

feiern, wenn besonders gefährdete Gäste dabei sind? FOTO: ISTOCK

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



GEBRAUCHT, ABER NOCH GUT: Ein Smartphone ist aus zweiter Hand günstiger. Es sollte aber nicht älter als drei Jahre sein. FOTO: ISTOCK

Occasionshandy kaufen ohne Risiko

Occasionshandys sind meist deutlich günstiger als neue Geräte. Mit dem Kauf schonen Sie zudem die Umwelt. Gebrauchte Geräte können Sie von Privaten via Auktionsplattformen kaufen. Oder von Wiederverkäufern wie Revendo oder Recommerce. Diese bereiten alte Geräte auf und verkaufen sie wieder.

Professionelle Wiederverkäufer bieten 12 Monate Garantie.

Auch Digitec.ch vermittelt Produkte von Revendo und Recommerce. Kürzlich stieg Mobilezone (get-jusit.ch) in dieses Geschäft ein.

GARANTIE. Die Geräte kosten bei solchen Wiederverkäufern deutlich mehr als bei Ricardo oder Ebay – dafür kaufen Sie nicht die Katze im Sack. Professionelle Wiederverkäufer löschen alle Daten, ersetzen defekte mechanische Teile und aktualisieren die Software. Beim Kauf haben Sie ausserdem 12 Monate Garantie und ein Rückgaberecht innerhalb von 14 Tagen.

Die meisten Verkäufer bieten Geräte in unterschiedlicher Qualität an: von «bestem» Zustand (feine, kaum sichtbare Kratzer) bis zu «gutem» Zustand (sichtbare Kratzer). Voll funktionsfähig sind aber alle – und das zu Preisen, die oft 100 Franken oder mehr unter dem Neupreis liegen.

TIPP: Achten Sie darauf, dass das Handy nicht älter als drei Jahre ist. Sonst besteht die Gefahr, dass es bald keine Software-Updates mehr gibt.

deinen ökologischen Fussabdruck? den grünen Seelenfrieden

sondern entlässt ihn nach weihnachtlichem Gebrauch zurück in die Natur. Jedoch bedeutet der Aufenthalt in der geheizten Stube für den Mietbaum Stress pur, und der Vermieter muss ihn nach festtäglichem Gebrauch kunstvoll aufpöppeln, damit er sich von den Strapa-

Ab dem fünften Jahr ist die Plasticanne umweltschonender.

zen erholt. Auch gibt es keinen zweifelsfreien Nachweis, dass die Baumtante unterm Strich klimafreundlicher ist.

Sinnvoll kann die Miete sein, wenn sie nur sehr kurze Transportwege benötigt und die Vermieterin für die Haltung minimalen Energie- und Dün-

geaufwand treibt. Oder wenn Sie über Jahre den gleichen Baum zu Hause haben möchten, um eine innige Beziehung zu ihm aufzubauen...

PLASTIC STATT NATUR: JEIN. Ein Baum aus Kunststoff, womöglich noch in Asien hergestellt und über die Meere hierhergeschippert – das kann doch keine umweltschonende Antwort auf den jährlichen Massenkonsum von Schnittbäumen sein (in der Schweiz immerhin 1,2 Millionen Tannen pro Jahr)! Unter Umständen doch.

Entscheidend ist aber die Gebrauchsdauer. Bei mindestens fünfjährigem Einsatz ist die Umweltbilanz der Tanne aus Plastic und Stahl etwa gleich wie der jährliche Weg-

werbaum aus der Natur. Das hat die Schweizer Beratungsfirma Esu-Services errechnet.

SELBER BAUEN STATT KAUFEN: JA! Reduzieren Sie mal das Wesen eines Christbaums auf die Effekte, die bei Ihnen das unschlagbar weihnachtliche Gefühl auslösen. Jawohl, es handelt sich um eine Pyramide, behangen mit Glitzerwerk und Punktlichtern.

Um diesen Effekt zu erzielen, braucht es keinen Baum. Sie können eine Leiter schmücken, einen pyramidenförmigen Turm aus Büchern stapeln oder eine Pinnwand tannengleich mit Christbaumschmuck bestücken. Anregungen dazu finden Sie über Google zuhauf. Frohes Fest, und lassen Sie nichts anbrennen!

NACH WEIHNACHTEN

VOM BAUM ZUR BIOMASSE

Entscheiden Sie sich für einen natürlichen Baum zum Einmalgebrauch, sollten Sie ihn auch umweltfreundlich entsorgen.

1. Sauber abschmücken.
2. Wenn möglich im eigenen Garten verwenden (Beete abdecken).
3. Mit dem Grüngut entsorgen – dann wird Kompost oder Biogas draus.
4. Kein freies Verbrennen!
5. Bei Verwendung zum Feuern in (gefilterten) Kaminen: zuerst ein Jahr lang trocknen lassen.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Arbeitslosengeld nach dem Studium?

Ich habe diesen Sommer mein Studium abgeschlossen. Im letzten Studienjahr arbeitete ich Teilzeit bei einer Event-Firma. Eine Weiterbeschäftigung liegt coronabedingt nicht drin. Habe ich auch in diesem Fall Anrecht auf Arbeitslosenentschädigung?

« Seit Beginn der Pandemie steigt leider die Arbeitslosenquote junger Leute. Um Arbeitslosenentschädigung zu erhalten, muss man als Studierende entweder:

- innerhalb der letzten 24 Monate vor der Arbeitslosigkeit



Aude Spang, Jugendsekretärin.

mindestens 12 Monate Arbeitslosenbeiträge bezahlt haben, oder:

- innerhalb der letzten 24 Monate mindestens 12 Monate Vollzeit studiert haben. Nach einer Wartezeit von 120 Tagen besteht dann Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung während 90 Tagen in Form einer Pauschale. Die Höhe der Pauschale hängt vom Alter ab. Auch wenn du mit dieser Stelle nicht 12 Monate Beiträge bezahlt hast, ist die Vorbedingung für Arbeitslosengeld mit dem zweiten Fall erfüllt. Du hast Anspruch, und ich rate dir, dich sofort beim regionalen Arbeitsvermittlungszentrum zu melden.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

WORKLESERFOTO



Weihnachtsschmuck, naturgemacht

WANN 25. Oktober 2020
WO Häutlingenswald BE
WAS Tautropfchen auf einem Spinnennetz
Eingesandt von Ruth Krähenbühl, Konolfingen BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 20. 11. 2020

Braucht die Schweiz jetzt einen zweiten Lockdown?

WENIGER TEUER

Die wirtschaftlichen Kosten eines überlasteten Gesundheitssystems sowie die nachteiligen Auswirkungen der Unsicherheit, die eine längere Zeitspanne mit hohen Infektionsraten auf das wirtschaftliche Leben ausüben würde, könnten einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden verursachen (zusätzlich zum Reputationsschaden). Die gezielten Massnahmen, die erforderlich sind, um die Zahl der Infizierten, der Krankenhausaufenthalte und der Todesfälle zu senken, wären für die Wirtschaft sehr wahrscheinlich weniger kostspielig, trotz den öffentlichen Mitteln, die benötigt würden, um von Schliessungen und Einschränkungen betroffene Unternehmen und Einzelpersonen zu entschädigen.

ROBERTA BLUMER, VIA FACEBOOK

MEHR ARBEITSLOSE?

Ich hoffe wirklich, dass der Bundesrat keinen zweiten Lockdown beschliesst. Denn dann ist zu befürchten, dass am Schluss Hunderttausende zusätzlich arbeitslos werden. Das ist sicher nicht im Interesse von uns Werkträgern. Zudem gehen die Zahlen ja auch mit den jetztigen Massnahmen zurück.

MARIO GSELL, KALTBACH LU

WORKPOST



WORK 19 / 20. 11. 2020: DER KOMMUNISMUS MACHTE BLOCHERS REICH

Reich wurden auch Oswalds

Der Artikel ist interessant, wirft aber auch Fragen auf. Es wird der Anschein erweckt, Christoph Blocher sei am «Know-how-Raub» beteiligt gewesen. Das kann aber schon deshalb nicht zutreffen, weil er 1950 gerade mal 10 Jahre alt war. Mit dem Know-how reich geworden ist auch die damalige Eigentümerin, die Familie Oswald. In den 1970er Jahren gerieten die Emser Werke in die Textilkrise, die durch den Tod von Werner Oswald 1979 noch verstärkt wurde. Die Umstände zwangen dann die Familie Oswald zum Verkauf. Unter den Kaufinteressenten befand sich auch Christoph Blocher, der aus der Sicht von Familie Oswald die beste Gewähr für den Erhalt der Arbeitsplätze in Domat/Emis zu bieten schien. Er hat dann 1983 die

Aktien der Emser Werke erworben. An die Kunstfaser Grilon kann ich mich übrigens noch gut erinnern. Ich habe in den 1950er Jahren in einer Zwirnerei gearbeitet in der wir Grilonfäden verzwirrt haben.

WILLI AERNE, STAAD SG

Subventionen für Blocher

Gerne gebe ich Ihnen noch zwei Hinweise: Für den Landwirtschaftsbetrieb der Emser Werke bezog Blocher 200 000 Franken Subventionen (jährlich?). Völlig legal natürlich (denn Geiz lässt keine Gelegenheit aus). Die damalige «Leserzeitung» hatte Anfang der 1980er Jahre darüber berichtet. In dieser Zeit Anfang der 1980er Jahre hatte Blocher auch der Öffentlichkeit seinen «göttlichen Auftrag» enthüllt, in einem Interview mit dem damaligen «TA-Magazin».

STEFAN HILBRAND, PER MAIL

WORK 19 / 20. 11. 2020: «SIE LASSEN UNS HIER LANGSAM STERBEN»

Hoffen auf die Quittung

Das Pack der verantwortungslosen Manager, die eben keine Unternehmer sind, hat aus den vergangenen Jahren nichts gelernt! Die sollten sich schämen, aber dazu braucht es ein Gewissen! Man kann nur hoffen, dass diese Gauner ihre Quittung bekommen werden!

ANDREAS WIDMER, VIA FACEBOOK

Eigentlich ganz einfach

Die Frage ist ganz einfach: Sollen die wenigen global tätigen Konzerne Verantwortung tragen für ihr Tun und Handeln oder eben nicht? Darum ein klares Ja!

TONI BORER, VIA FACEBOOK

WORK 19 / 20. 11. 2020: CORONAKRISE

Kreative Solidarität

Wo schützende Abstände nicht eingehalten werden können, ist eine Maskentragpflicht wichtig, denn sie kann vermeidbare Ansteckungen verhindern. Wir von der Beratung für Schwerhörige und Gehörlose Bern (BFSUG BE) sehen aber eine unglückliche Begleiterscheinung: Menschen, die durch ihre Hörbeeinträchtigung auf Lippenlesen und das Erkennen von

Mimik angewiesen sind, stehen vor einer sehr grossen Herausforderung. Wegen der Maske ist es für sie nahezu unmöglich, das Gegenüber zu verstehen. Das bedeutet eine dauerhafte Belastungssituation, denn es kann zu unglücklichen Missverständnissen führen. Das kann überall passieren: an einer Kasse, bei Nachfragen auf der Strasse oder beim kollegialen Austausch bei der Arbeit bzw. in der Schule.

Wie kann Kommunikation dennoch gelingen? Versuchen Sie doch, wenn immer möglich, genügend Abstand herzustellen, damit beide die Maske abziehen können. Das BAG erlaubt dies in solchen Situationen. Oder seien Sie kreativ und benutzen Sie Ihr Handy oder Papier mit Stift, um eine Botschaft zu notieren. Sie können auch Ihren Körper nutzen, um Botschaften bildhaft darzustellen. Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung schätzen diese solidarisch-kreative Bereitschaft sehr.

CRISTIAN CARDOSO, SOZIALARBEITER BFSUG BERN

WORK 19 / 20. 11. 2020: «KONTROLLIERT UNS ENDLICH!»

Erkrankte arbeiten nicht

Was nützt es denn einem Unternehmen, wenn die Belegschaft krank ist? Nichts!

MARIANNE ZWICKER, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

workquiz



Wie gut sind Sie?

1. Impfen I: Wogegen gab es 1796 den ersten Impfstoff?

- a) Bauchwassersucht?
- b) Faulfieber?
- c) Wechselfieber?
- d) Pocken?

2. Impfen II: Warum waren viele Nazis Impfskeptiker?

- a) Weil sie das Impfen als «böserartige jüdische Erfindung» sahen?
- b) Weil sie das Impfen mit «artfremden» Stoffen als «die grösste Gefahr für den Volkörper» sahen?
- c) Weil sie Anhänger der germanischen Naturheilkunde waren, die die Impfung grundsätzlich ablehnten?
- d) Weil sie sich von der fortschrittlichen und demokratischen Weimarer Republik abgrenzen wollten?

3. Impfen III: Wann gab es in der Schweiz den letzten Fall von Kinderlähmung?

- a) 2002?
- b) 1992?
- c) 1982?
- d) 1972?

4. Impfen IV: Vor allem wegen welchem Ex-Bundesrat ist die Schweiz bei den Impfstoffen völlig vom Ausland abhängig?

- a) Adolf Ogi?
- b) Pascal Couchepin?
- c) Moritz Leuenberger?
- d) Kurt Furgler?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungsb: 4b; 2a; 2d; 1d

FOTO: ISTOCK

Para Karimpur serviert mit Herzblut. Das spüren die Gäste. Als Dank gibt's Trinkgeld und Komplimente.

«Jeder Gast verdient ein Lächeln»

Freundlichkeit kostet nichts: Deshalb geht Restaurationsfachfrau Para Karimpur verschwenderisch damit um. Das freut die Gäste. Doch innerlich kämpft Karimpur mit den Dämonen ihrer Vergangenheit.

SARAH FORRER | FOTOS PETER LAUTH

Para Karimpur (22) rührt in ihrem Kaffee. Sie blickt über die leere Terrasse auf den Vierwaldstättersee. Die Sonnenstrahlen glitzern auf der tiefblauen Seeoberfläche. Es ist früher Freitagnachmittag im Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau, am Südfuss des Rigi. Die Stille wird für einen kurzen Moment von dem tiefen Brummen eines Schiffshorns durchbrochen. Danach legt sie sich wieder wie eine warme Decke über das traumhafte Panorama. Seit die zweite Coronawelle in der Schweiz wütet, ist es hier ruhig. Ruhiger, als es der quiriligen Iranerin lieb ist. Reihenweise Veranstaltungen wurden abgesagt. Hochzeiten auf unbestimmte Zeit verschoben. Geburtstage und Weihnachtsfeiern auch. «Es ist wahn-sinnig schwierig. Man weiss nie, was als nächstes kommt.»

Das geschichtsträchtige Haus wurde in den 1940er Jahren von der Gewerkschaft Smuv, einer Unia-Vorgängerorganisation, als Ferienlager für Arbeiterinnen und Arbeiter gebaut. Für diesen Abend sind fast alle Zimmer belegt, Seminargruppen sind einquartiert. Insgesamt 80 Leute sind da. Vollpension. Zwei unterschiedliche Menüs werden serviert. Mit Vorspeise und Dessert. Dazu Getränke. Para Karimpur schaut, dass der Laden läuft und die Gäste zufrieden sind. Vor drei Jahren wäre dies noch unvorstellbar gewesen. «Damals konnte ich einen Aperol Spritz nicht von einem Hugo unterscheiden», erzählt die 22jährige lachend. Und schon sprudeln die Erinnerungen an ihren ersten Tag im Seminarhotel nur so aus ihr raus.

ERSTER ARBEITSTAG. Ein schöner Sommertag sei es gewesen. Die Terrasse war voll besetzt. Ihr wurde ruckzuck die rechte Hälfte zugeteilt. «Ich habe davor drei Monate im Partnerhotel auf dem Stoons SZ gearbeitet. Dort habe ich aber nur Teller abgeräumt und Tische geputzt. Ich wusste nicht einmal, wie man eine Kasse bedient!» Statt etwas zu sagen, nickte sie nur und machte sich an die Arbeit. Schüchtern lief sie zu den Tischen und nahm die Bestellungen auf. Das meiste kannte sie nicht: Herrgöttli, Sanbitter, Gsprützte Wiisse – was war das? Vor lauter Nervosität vergass sie auch alles andere.

Nach einer halben Stunde flüchtete sie die Treppe runter – ohne einem einzigen Gast sein Getränk gebracht zu haben. Im Büro der Personalchefin weinte sie bittere Tränen. «Ich wollte auf der Stelle wieder gehen», sagt sie. Doch sie blieb. Zum

Glück. Heute ist der Betrieb wie eine zweite Familie: «Ich bin enorm dankbar. Sie haben mich immer unterstützt!»

SCHWERER RUCKSACK. Das war auch nötig. Hinter Para Karimpurs fröhlichem und aufgewecktem Naturell verbirgt sich eine tragische Kindheit. Aufgewachsen in einem kleinen Dorf in Iran, hat sie mit sieben Jahren ihre Mutter verloren; sie hatte Krebs. Ab diesem Zeitpunkt durfte sie nicht mehr zur Schule. Wie eine Gefangene musste sie zu Hause ihren Vater und ihre Stiefmutter bedienen. «Es war wirklich ganz schlimm.» Mit 16 Jahren flüchtete sie in die Schweiz. Zu ihrer älteren Schwester. Weder ihr Vater noch ihre Stiefmutter wussten etwas davon. «Es war eine Nacht-und-Nebel-Aktion. Bis heute habe ich nie mehr ein Wort mit meinem Vater gesprochen.»

Mit einem so schweren Rucksack landete sie in Luzern. Ohne ein Wort Deutsch. Ohne geregelte Aufenthaltsbestätigung. Aber mit einem unbändigen Willen. Sie lernte die Sprache. Sie suchte nach einer Lehrstelle. Und fand sie im Hotel FloraAlpina. Im Sommer 2017 fing sie die zweijährige Ausbildung zur Restaurationsfachangestellten an. Doch ihre Vergangenheit holte Para Karimpur ein. Sie wurde depressiv. Nahm Medikamente. Die Batterien waren leer. So leer, dass sie fast ihre Lehre abbrach. «Ich hielt Stress fast nicht aus. Mein Körper war wie gelähmt.» Gemeinsam mit dem Betrieb suchte sie einen Weg – und fand einen: Sie konnte das Pensum auf 50 Prozent reduzieren. Und das inmitten der Hochsaison im Sommer. «Die Menschlichkeit wird bei uns grossgeschrieben!»

betont Para Karimpur. Der Raum für sich, für die Schule, für ihre Erholung tat ihr gut. Sie kam wieder auf die Beine. Und schloss diesen Sommer die Lehre mit der Note 5,3 ab.

STETES LÄCHELN. Mittlerweile arbeitet sie wieder Vollzeit und mit viel Herzblut. «Die Arbeit ist die beste Ablenkung!» Kaum im Betrieb, schaltet sie den Hebel um. Lässt die Sorgen aussen vor. «Wir sind die besten Schauspielerinnen», sagt Para Karimpur lachend. Für die 22jährige ist ganz klar, was eine gute Servicekraft ausmacht: ein Gespür für Menschen, für ihre Bedürfnisse. «Manche wollen plaudern. Andere wollen ihre Ruhe. Das gilt es zu respektieren.» Und

Freundlichkeit. «Jeder Gast hat ein Lächeln verdient.» Dementsprechend grosszügig geht sie damit um. Ihre offene Art kommt an: Oft strecken ihr Gäste Trinkgeld entgegen. Die Hälfte behält sie für sich. Die andere Hälfte wird unter Köchinnen und Praktikanten aufgeteilt. «Es braucht alle für einen gelungenen Abend.»

Noch fast mehr als über das Trinkgeld freut sie sich über Komplimente. So wie letzthin, als ihr ein Gast sagte, sie sollte Kurse geben über den richtigen Umgang mit Gästen. Das ist Zukunftsmusik. Wie auch der Traum eines eigenen Cafés. Bis auf weiteres will sie im Seminarhotel bleiben. «Ich könnte mir keinen schöneren Arbeitsplatz vorstellen!»

PARA KARIMPUR LIEBE UND LEBEN

Para Karimpur (*1998) hat im FloraAlpina nicht nur eine Lehrstelle gefunden. Sondern auch ihren Freund kennengelernt. Einen deutschen Koch. Seit drei Jahren ist sie mit ihm zusammen. «Er hat mich nach meinem Schnuppertag auf Instagram angeschrieben.» Lange Zeit haben sie gechattet. Just zum Valentinstag wurden sie ein Paar.

ER KOCHT. Mittlerweile leben sie gemeinsam in einer Wohnung in Vitznau. Die Rollen sind dabei klar verteilt: Er kocht, sie serviert. «Ich kann nicht kochen!» sagt Para Karimpur und zitiert ein Sprichwort, das sie kürzlich auf Facebook gesehen hat: «Man sollte immer einen Koch heiraten: Schönheit vergeht, Hunger bleibt.» Am liebsten isst die gebürtige Iranerin Reisgerichte. Aber auch die schweizerische Küche mit Raclette und Fondue gehört mittlerweile zu ihren Favoriten.

SIE GUCKT. In ihrer Freizeit ist sie nicht sehr beständig unterwegs: «Ich habe jedes Jahr ein anderes Hobby», sagt sie schmunzelnd. Eine Zeitlang hat sie sehr viel Sport getrieben. Doch mit der Arbeit im Service bewegt sie sich genug. «Ich bin ja den ganzen Tag auf den Beinen.» Die Musik hat sie auch mal stark begeistert. Im Moment ist Netflix hoch im Kurs. «Vor dem Fernseher kann ich wunderbar abschalten.»

ÜBERZEUGT. Para Karimpur ist Unia-Mitglied. Sie lernte die Unia in der Berufsschule kennen. Überzeugt haben sie dann der Mitarbeiterrinnenschutz und die Rabatte bei Weiterbildungen.

SERVICE-PROFI: Para Karimpur serviert mit Können und Herzblut. Und neuerdings mit Maske.



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianeegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Sarah Forrer, Dore Heim, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Johannes Supe, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossebacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.